

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
die Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstellen: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 60 Pf.
Begrüßungsanzeigen und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Verhandlungsanzeigen 15 Pf.

Der Internationale Kongress in Kopenhagen.

Kopenhagen, 4. September.

Der Internationale Sozialistenkongress ist gestern abend geschlossen worden. Unmittelbar danach versammelten sich die Delegierten im Lichthofe des Kopenhagener Malhauses zu einer gelungenen Abschiedsfest, die durch Ansprachen der sozialistischen Bürgermeister von Kopenhagen, die Genossen Jensen und Knudsen, in würdiger Weise eingeleitet wurde. Die Fidelitas, die sich bald entwickelte, war den Delegierten zu gönnen, denn eine arbeitsreiche Woche lag hinter ihnen.

Allerdings durften diejenigen, die den Verhandlungen von der Tribüne des Plenarsaal folgten, kaum voll auf ihre Kosten gekommen sein, denn abgesehen von der Eröffnungssitzung am 28. August, fanden nur an drei Tagen Plenarsitzungen des Kongresses statt. Die Hauptarbeit wurde in den Kommissionen geleistet, neben welchen eine Reihe von Sitzungen der Vertreter der einzelnen Nationen stattfanden.

Hier in den Kommissionen und Kommissionen liegt der Schwerpunkt des Kongresses. Es ist keine leichte Aufgabe, die verschiedenen Ansichten, die zutage gefördert werden, unter einen Hut zu bringen und für die einzelnen zur Beratung stehenden Gegenstände eine Formel zu finden, die geeignet ist, dem Plenum als Ausdruck des Gesamtwillens der sozialistischen Internationale unterbreitet zu werden. Herrscht unter den Sozialisten aller Länder auch eine gewisse Übereinstimmung über die allgemeinen Richtlinien, die zur Erringung des gemeinsamen Ziels einzuschlagen sind, so bestehen im einzelnen doch Meinungsverschiedenheiten über die anzunehmenden Mittel und Wege, die durch die historische Entwicklung, welche der Sozialismus in den verschiedenen Ländern genommen hat und den sehr verschiedenartigen Stand der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse leicht erklärließ. Diese Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, ist eine Aufgabe, die durch die Sprachschwierigkeiten, die Notwendigkeit, jede Rede in zwei anderen Sprachen zu übersetzen, noch wesentlich erschwert ist. Es müssen Kommissionen geschlossen werden, um in manchen Dingen überhaupt einen Beschluss auszustellen zu bringen. Man akzeptiert schließlich die vereinbarten Resolutionen, auch dann, wenn man nicht mit jeder einzelnen Wendung absolut einverstanden ist. Das ist zweifellos ein Mangel, der aber einstweilen noch in den Haup genommen werden muss. Insbesondere gilt dies von der vom Kongress angenommenen Resolution über die Arbeitslosigkeit, die ihres Inhaltes und ihrer Fassung wegen erhebliche Bedenken auslöste, die auch zu Auseinandersetzungen in der deutschen Delegation führten. Von der Abgabe einer Erklärung im Plenum hat die Delegation beschlossen abzusehen, doch sind durch diesen Mehrheitsbeschluss die obwaltenden Bedenken natürlich nicht aus der Welt geschafft.

Der Kongress in Kopenhagen war unter den bisherigen internationalen Sozialistenkongressen der am stärksten besuchte, er überstieg noch um ein kleines den Stuttgarter Kongress. Eine solche Messeversammlung von rund 900 Teilnehmern, die sich aus den verschiedensten Nationen zusammensetzt, macht den Kongress als eine Demonstration betrachtet, einen großartigen Eindruck. Einiges anderes aber ist es, wenn man den Kongress unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsschaffung ins Auge faßt. Da muß man allerdings gestehen, daß diese mit der Vermehrung der Delegierten nicht wächst. Es dürfte vielleicht zweckmäßig sein, wenn die maßgebenden Instanzen ihre Aufmerksamkeit darauf richten würden, zum mindesten der weiteren Steigerung der Besucherzahl vorzubeugen.

Der äußere Eindruck des Kongresses war in jeder Beziehung imposant. Die Teilnehmer waren auf das angenehmste überrascht durch das lebhafte Interesse, welches nicht nur die Arbeiterschaft Kopenhagens, sondern weiteste Bevölkerungskreise der Veranstaltung entgegenbrachten. Die feierliche Eröffnung des Kongresses mit der von einer riesigen Sängerschar zu Gehör gebrachten, speziell für den Zweck gedichteten Cantata machte einen tiefen Eindruck auf die Hörer. Am Nachmittag veranstalteten die Kopenhagener Arbeitervereine und Gewerkschaften einen Zug, dessen Vorbeimarsch eine volle Stunde in Anspruch nahm. In der Spitze des Zuges marschierten die beiden sozialistischen Bürgermeister und Magistratsmitglieder. Der Zug, in welchem eine Unmenge Fahnen geführt wurden, und in dem auch, ein für Deutsche ungewohnter Anblick, Vereine der Post- und der Eisenbah-

beamten, die Feuerwehr usw. eingegliedert waren, bewegte sich nach Sondermarken, einem großen städtischen Park, wo von vier Tribünen herab die bekanntesten Führer der internationalen Sozialdemokratie Ansprachen hielten. Eindrucksvoll wie die Eröffnung des Kongresses war auch der Schluss und die von der Kopenhagener Arbeiterschaft arrangierte Abschiedsfest, zu welcher die schönen Räume des imposanten Malhauses zur Verfügung gestellt worden waren.

Die Tagesordnung des Kongresses enthielt eine ganze Anzahl von Punkten, die für die Gewerkschaften von besonderem Interesse sind. In erster Linie ist da der Streit in den österreichischen Gewerkschaften zu nennen, der durch die Separation eines Teiles der Tschechen hervorgerufen wurde. Der Kongress hat in diesem Streit sein Votum abgegeben, von dem nur zu wünschen wäre, daß es von den Beteiligten entsprechende Beachtung finde. Mit eindringlichen, zu Herzen gehenden Worten legte besonders der alte Greulich aus der Schweiz, einer der ältesten Veteranen in der Internationale der Arbeiter, den tschechischen Separatisten nahe, von ihrem Beginnen abzulassen. Nicht minder padend waren die Worte, die Viktor Adler aus Wien bei dieser Gelegenheit sprach. Die Tschechen haben, ihrer seither eingetnommenen Stellung entsprechend, die vorgelegte Resolution abgelehnt, wir wollen aber trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, daß sie in Wölfe den irriegen Weg verlassen, den sie eingeschlagen haben.

Bedeutungsvoll war auch die von den Engländern abgegebene Erklärung anlässlich der Beratung der Resolution über die Belästigung der internationalen Solidarität. Besonders hat sich anlässlich des Großstreiks in Schweden wieder gezeigt, daß die englischen Gewerkschaften mit dem Ausdruck der Sympathie für im Kampfe stehende Arbeitsgenossen im Auslande nicht lügen, dagegen bewegt sich die materielle Hilfe, die sie leisten, in recht bescheidenen Grenzen. Von der englischen Delegation wurde die Berechtigung der erhobenen Vorwürfe anerkannt und Abhilfe versprochen. Hoffentlich bleibt es nicht bei diesen Versprechungen.

Der Internationale Sozialistenkongress hat zu den verschiedenen Gebieten, die er behandelt hat, eine große Zahl von Resolutionen angenommen. Wir begnügen uns damit, die für die Gewerkschaftsbewegung wichtigsten nachstehend wiederzugeben, und behalten uns vor, gelegentlich noch näher auf einzelne Beschlüsse des Kongresses einzugehen.

Resolution über die gewerkschaftliche Einigkeit.

Der Internationale Sozialistische Kongress zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen den politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongress erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-spezifistische Zelle zu zerlegen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vor kommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.

Internationale Solidarität.

Der Internationale Sozialistische Arbeiterskongress von Kopenhagen, in Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und

in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind, fordert die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchsetzen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeitersklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Kartells, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massenfechte, von Massenaussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1900, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeitersklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Übermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen können.

Der Kongress empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongress:

das immer nähere und dauerhafte Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Wänderung von solchen gewerkschaftlichen Sachungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Solidarität hinderlich sein könnten;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterprese; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzuoft direkt erfolgten "Neugkeiten", die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Büros verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu vertreiben.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse empörwäxt, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lärmenden Entwicklung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Arbeitergesetzgebung.

Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion festgelegte Ausbeutung der Arbeiter führt Zustände herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machen.

In keinem Lande erreichen die Schutzesätze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann.

Der Kongress erinnert an folgende betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongress von 1890 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobene Mindestforderungen:

1. einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleistet werden muß;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 26 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Ertragsystems;
6. Sicherstellung des Koalitionsrechts;
7. eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Während der Pariser Kongress zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterschulkonferenzen der Regierungen zusammenkamen und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenige positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klasse in der Hoffnung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und das wiederum durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgendwie Erfolgsschlag gebracht ist, vielmehr die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmersklasse einen Vorteil bringt.

Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongress zu Amsterdam 1904, daß, unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen

Nationen, in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsistenz- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Müttern diejenige Hilfe bringen, die für das Wedelchen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren.

Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeitervertragsgesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schullos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in anderen Arbeitsweisen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch mächtigen Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.

Die Arbeitslosigkeit.

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise un trennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Minderung und um die Eindringung ihrer Folgen handeln.

Der Kongress fordert die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.

2. In ihrem Umfang ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.

3. Aufzurüttende Unterstützung der Arbeitslosen-Gewalten während der Krise.

4. Keine Leistung an Arbeitslose darf eine Minderung ihrer politischen Rechte zur Folge haben.

5. Errichtung und Unterstützung von Arbeitsnachweis-Einrichtungen, in denen die Freiheiten und die Interessen der Arbeiter durch die Gewerkschaften gewahrt werden.

6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gezeugte gesetzliche Maßnahmen.

7. Bis zur Vermöhlung der allgemeinen, öffentlich-rechtlichen, obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.

Die Hamburger Holzindustriellen als Kläger.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Bekanntlich schwelt die aus dem Jahre 1905 stammende Maisfeierlage der Hamburger Holzindustriellen gegen unseres Verband immer noch. Wir haben über den Gang dieses Prozesses des öfteren berichtet. Die Klage richtete sich 1. gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, vertreten durch den Verbandsvorstand, 2. gegen die Zahlstelle Hamburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes, und 3. gegen den damaligen Bevollmächtigten dieser Zahlstelle, A. Neumann, der den Vertrag vom Jahre 1905, gegen welchen die

Verlagten anlässlich der Maisfeieraussperrung 1905 durch Verhängung der Sperrre über mehrere Betriebe und Erhebung von neuen Forderungen verstoßen haben sollten, unterschrieben hat.

In der ersten Anklage vor dem Landgericht Hamburg erwiesen unsere Vertreter die Freisprechung der Zahlstelle Hamburg dadurch, daß sie selbst machten, diese sei nur ein unselbstständiges Organ des Gesamtverbandes und als solches nicht parteifähig. Das Gericht hielt diesen Einwand für lächerlich, und der Kläger war — ausdrücklich genug, daß freisprechende Urteil rechtssicher werden zu lassen. Dafür ist dem Landgericht vom Hanseatischen Oberlandesgericht wie auch vom Reichsgericht mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit der Text gelesen worden, denn eine Zahlstelle, die über ein aufschuliches Vermögen verfügt und einen selbständigen Geschäftsbetrieb mit mehreren angestellten Beamten unterhält, hätte nach Ansicht der letzteren Instanzen sehr wohl um einige tausend Mark gerupft werden können. Inzwischen die Unternehmer diesen Wind verstanden haben, werden wir weiter unten auseinandersehen.

Nachdem die Zahlstelle freigesprochen war, versuchten wir den Beweis zu führen, daß der Verbandsvorstand mit dem Vertrage vom Jahre 1905 nichts zu tun gehabt hat, also auch aus diesem Vertrage keine Verpflichtungen zu erfüllen hatte. Die Verhandlungen hierüber gestalteten sich sehr interessant, da der Kläger einen großen Zeugenapparat aufbot, um das Gegenteil zu beweisen. Aber der Klägerische Anwalt, Dr. Lehmann, der große Bruder des genialen Schuhverbandsvorsitzenden von Hamburg, erwies sich uns gegenüber sehr zuvorkommend, indem er selbst nebst den von ihm geladenen Zeugen, den Obermeistern der Tischlerinnungen von Hamburg und Altona und dem Vorsitzenden des Tischlermeistervereins immer nur die von uns behaupteten Tatsachen bestätigte. Das Resultat war, daß auch der Verbandsvorstand freigesprochen werden mußte und als schadenshaftpflichtig nur Neumann als Unterzeichner des Vertrages übrig blieb.

Eingelangt hatte der Schuhverband für sich bzw. für die von ihm vertretenen 18 Firmen die Summe von 6500 Mf. Für diese Summe ist also Neumann schadenshaftpflichtig, jedoch muß zunächst eine weitere Klage anhängig gemacht werden — und das ist inzwischen geschehen —, in welcher der Schuhverband den Nachweis zu führen haben wird, daß er überhaupt geschädigt worden ist. Wir werden nichts unterlassen, um dem Gericht das Gegenteil zu beweisen, und das dürfte in diesem Falle nicht allzu schwer sein, denn wir wissen, daß der Schuhverband damals keinen Pfennig Vermögen hatte und aus eigenen Mitteln keinen Pfennig Unterstützung gezahlt hat. Er hat nur den Beschluss gefasst, die im Kampfe stehenden Unternehmer zu unterstützen. Über als die Unterstützung geleistet werden sollte, mußte er erst mit dem Bettelsack bei den übrigen Tischlermeistern herumgehen, und es sind dann auf Grund des geschlossenen Unlagerungsverfahrens für jeden beschäftigten Gesellen 25 Pfennig bezahlt worden. Die sp zusammengeführte Summe hat der Schuhverband unter die Leidtragenden verteilt, und nun soll er erst mal den ihm selber erwachsenen Schaden nachweisen!

Wie bereits erwähnt, bezicht sich das freisprechende Urteil gegen die Zahlstelle Hamburg nur auf die Summe von 6500 Mf., welche zunächst eingelagert waren. Da nun das Hanseatische Oberlandesgericht wie auch das Reichsgericht keinen Zweifel an der Fertigstellung der Zahlstelle gelassen haben, ist jetzt von neuem eine Klage gegen

dieselbe eingeleitet, in welcher der Schuhverband nicht weniger als 58 230,12 Mf. Schadensersatz einträgt. Von dieser Summe gehen die 6500 Mf. ab, wegen deren die Zahlstelle seinerzeit freigesprochen ist und die jetzt Neumann bezahlen soll, so daß ein Klageobjekt von 51 730,12 Mf. verbleibt. Termin zur Verhandlung über diese neue Klage ist angesetzt auf den 4. Oktober 1910.

Der vom Schuhverband bezw. den 18 Klägerischen Firmen gestellt gemachte Schaden verteilt sich folgendermaßen:

1. Allgemeiner Schaden, Betriebsauslasten usw.	Mf. 20 164,-
2. Gewissägung und Löhne an Arbeitswillige,	
die infolge der Differenzen nicht arbeiten	
Kontrollen	5 916,85
3. Gewissägung	17 588,-
4. Konventionalstrafen	8 006,-
5. Heranschaffung von Arbeitswilligen	8 605,28
	Summe Mf. 58 280,18

Es wäre verfrüht, heute schon Betrachtungen über den unumstößlichen Verlauf dieses Prozesses anstellen zu wollen. Ein Resultat wird er bestimmt haben, nämlich, daß die Mechtsamwälte ein schönes Stück Gelb dabei verdienen. Der Hauptleidtragende wird aber aller Voraussicht nach der Schuhverband sein, denn der wird doch am Ende die ganze Rechnung bezahlen müssen.

Zu verwundern ist dabei nur, daß sich die Hamburger Tischlermeister und Holzindustriellen eine solche „Leitung“ gesaffen lassen. So lange der Schuhverband mit seinem Vorsitzenden Neumann an der Spitze bestellt, und so oft derselbe sich zu einer Handlung auszuschwingen sucht, so oft hat er sich blamiert und obendrein seltener jedesmal gründlich festgefahrene. Einzig und allein dieser genialen Schuhverbandsleitung waren die Differenzen im Jahre 1905 zu danken, die so läufig für ihn endeten, daß er am Ende der Bewegung gar nicht mehr zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde. Und im Jahre 1908 hat er sich ähnliche Vorbeeren um sein weisses Haupt gebracht. Als er sich nicht mehr anders zu helfen wußte, mußte Herr Mahardt einspringen, und das, was in Hamburg nicht möglich war, wurde bei den zentralen Verhandlungen in Leipzig gemacht. Unter der Leitung der beiderseitigen Zentralvorstände gingen die Verhandlungen vor sich, und später zwang uns der Schuhverband unter Androhung von Gewaltmaßregeln, die noch schreckliche Unterchrift der Zentralvorstände unter den abgeschlossenen Vertrag zu beschaffen bezw. anzuerkennen, und was stellte sich alsdann heraus? An einer Sitzung der Schlichtungskommission am 10. Mai 1910 erklärte der Schuhverbandssekretär Guillet im Beisein seines Protectors Schumann und unserer Vorsitzendenvertreter: Wir sind dem Mahardtischen Verband niemals ange schlossen gewesen! Unser Vertreter hat diese Erklärung sofort festgenagelt und das ganze Gebaren der Herrschaften als ein großes Schwindelmanöver bezeichnet. Aber das ist neben der Fabrikation von Schadensklagen das einzige Gebiet, auf welchem die Familie Schumann u. Co. zu Hause ist, und aus diesem Grunde verloht es sich auch schon, an dem Posten eines Schuhverbandsvorsitzenden zu leben, zu dessen Führung und Verwaltung im übrigen immerhin eine Kleinigkeit mehr gehört, als der leibige Inhaber besitzt.

Wir könnten dem Herrn Schumann und seinem großen Bruder auch aus dem soeben beendeten Arbeitsnachweis-Kampf gleichfalls noch ein kleines Straußchen binden, denn auch in diesem Kampfe hat die berühmte Firma sich wieder bestens bewährt. Nachdem auf beiden Seiten wirtschaftliche

Von der Brüsseler Weltausstellung.

III.

Neben dem künstlerisch-wissenschaftlichen Teil bildet das Unterrichtswesen den Hauptanziehungspunkt der deutschen Abteilung. So wie auf früheren Ausstellungen Deutschland mit seinen Leistungen in der Arbeiterschulzorge prahlte, wie es in goldenen Würfeln und Pyramiden darzustellen versuchte, was alles daheim von Staats wegen für die Arbeiter geschehe, so jetzt mit seinem Unterrichtswesen. Nun kann man ruhig zugeben, daß Deutschlands Schulen nicht die schlechtesten der Welt sind; es gibt in der Tat zahlreiche Länder, wo es mit den Schulverhältnissen viel treurer aus sieht, als in Deutschland. Aber es scheint uns doch ein etwas zu wohlseliger Ruhm, daß andere auf einem so wichtigen Kulturgebiet noch hinter uns zurück sind — zumal für ein Land, das den Ehrengipfel hat, „in der Welt voran“ zu sein. Es kann weiter auch zugegeben werden, daß die Fortentwicklung in Deutschlands Schulen nicht nüll steht, daß man sich bemüht, den Anforderungen, die eine Zeit voll wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verwaltungen an die Volksbildung stellt, gerecht zu werden — allerdings immer nur in dem Maße, wie es der Militarismus, der die besten Mittel und Kräfte des Volkes aufzubretzen, der Eigenart der herrschenden Klasse, die das Volk nicht gern gebildet werden läßt, und die Beschränktheit der Bureaucratie, die vom grünen Tisch aus wirtschaftet, es gestattet. Und das ist leider nicht viel!

Gewiß sind Fortschritte auf dem neuzeitlichen Unterrichtswesen in Deutschland zu bemerken. Sie drängten sich eben von selber auf. Der bisherige Unterricht, in den höheren wie in den unteren Schulen, bewegte sich in falschen Bahnen. Die Jugend lernte ausschließlich durch das Buch; ausdrücklich der Verstand, insbesondere das Gedächtnis wurde genutzt; jeder Zusammenhang mit dem Leben, der Quelle und dem Zweck alles Schaffens, fehlte. Mit einer derartigen Methode erzieht man nun nicht das, was unser modernes Wirtschaftsleben, was unsere Maschinen- und Elektrizitätsindustrie, was unsere Feinmechanik und unser Kunstgewerbe braucht: Qualitätsarbeiter, die Qualitäts-

ware herzustellen vermögen. Daher der Ruf nach „rasigen“, „schaffensfreudigen“ Arbeitern; daher die Einsicht, daß es mit dem bisherigen Erziehungssystem nicht mehr geht, wenn man im Wettbewerb mit anderen Völkern, bei denen diese Einsicht früher zum Durchbruch kam, Schritt halten will. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben diesen Wandel der Erkenntnis herbeigeführt, wie er auch in der Unterrichtsausstellung der deutschen Abteilung zur Geltung gelangt. Der Vorträge und der Denkschriften in der Schule soll, wie in der textlichen Einleitung im deutschen Katalog dargelegt wird, die körperliche Erziehung durch Spiel und Sport, der Handfertigkeitsunterricht und die Kunsterziehung an die Seite treten, und mehr als bisher soll die Erd-, Heimat- und Naturkunde gepflegt werden. Es soll, mit einem Wort, in der Schule der allzeitigen Ausbildung der Fähigkeiten im Hinblick auf das praktische Leben und seine Bedürfnisse Rechnung getragen werden — ein Fortschritt, den vornimmtlich die Arbeiterschaft zu begrüßen bereit sein wird.

Allerdings ist es erst ein Fortschritt in der Erkenntnis, denn, was namentlich für die Volkschule gilt, die Ausführung noch nicht so bald folgen wird. Was man in dieser Beziehung Beweismaterial für den „neuen Geist“ im deutschen Schulwesen in der Unterrichtsausstellung der deutschen Abteilung sieht, bezieht sich vorwiegend auf die höheren Schulen. Wir wissen, wieviel mehr an gesellschaftlichem Aufwand auf den Kopf eines Besuchers der höheren Schulen entfällt, als auf einen Volkschüler, und so zeigt sich auch hier wieder, daß die Erkenntnis des Besseren zunächst und vor allen Dingen der Jugend der bestehenden Klasse, d. h. denen zugute kommen soll, die über das Volk zu herrschen bestimmt sind, während das Volk selber mit den Brocken abgespeist wird, die von der Reichen Tisch fallen. Und was uns in Brüssel an Fortschritten und Verbesserungen auf dem Gebiete der Volkschule gezeigt wird, besteht vielfach mit den Verhältnissen, aus geringen Anfängen, bis zu deren allgemeiner Durchführung noch manches Wasser den Rhein und die Elbe hinabfließt. Das gilt von der Erweiterung und Ausgestaltung des Unterrichts; das gilt von

der Fürsorge für schwachbegabte und anormale Kinder, und es gilt von der hygienischen Ausstattung der Schulräume. Wie lustig und sonnig, wie zweckmäßig und künstlerisch anheimelnd sieht's aus in dem von Bruno Paul (Berlin) entworfenen Zeichen- und Vortragsaal einer Volksschule. In diesem Raum der richtige Lehrer, der im richtigen Geiste unterrichtet, das muß ja eine Lust für die Buben und Mädchen sein, hier zu weilen und zu lernen. Aber auch, wie weit ist noch die Wirklichkeit von diesem Muserraum auf der deutschen Unterrichtsausstellung entfernt! Und wo die äußeren Umstände sich über den Durchschluß erheben, wo ist, im Lande des schwarz-blauen Blöde, unter der Herrschaft des Zinnober- und Scharfmachertums, der rechte Geist, der hier walten darf, einzige bestellt von dem Streben, wissende Menschen, schaffensfreudige Arbeiter und aufrichtige Bürger zu erziehen!

Wenn man die Grinnerung an die wenig erfreuliche Wirklichkeit hinter sich läßt, wenn man sich lediglich an die ausgestellten Gegenstände hält, dann bietet die Unterrichtsausstellung in der deutschen Abteilung ungemein viel Schöneswertes. Und wenn man sich in den Gedanken hineinsetzen vermugt, daß das alles vereint zur Wirklichkeit werden soll, was hier, als Programm zusammengestellt, vorgetragen wird, dann mag man im Geiste froh werden der Zeit, die die Ausführung dieses Programms erlebt. Die Zeit wird kommen, gewiß. Aber ob sie früher oder später kommen wird, hängt ab von der Entwickeltheit, mit der diejenigen ihr zufreien, die an einem guten Volksbildungswege am meisten interessiert sein sollten: die Arbeiter. Und um sie anzuziehen, möchte ich jedem die Gelegenheit wünschen, die deutsche Unterrichtsausstellung zu besuchen. Er wird dann sehen, wie es sein muß in der Schule: er wird, wenn er es mit dem vergleicht, was in Wirklichkeit ist, erkennen, wieviel an dem Volke auf diesem Gebiete gefundigt worden ist und immerfort gefundigt wird. Und er wird, wosfern ihm die Not und die Unwissenheit nicht den Rest von Kraft genommen hat, daraus die praktischen Folgerungen ziehen und mitwirken an der Besserung der Verhältnisse.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Wahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Mühlhäusern und Holzarbeitern nach Auerbach, Burgdorf, Bünde, Cunnersdorf (Sachsen), Eichhoven, Delmenhorst (Waggonfabrik Lüneburg), Dissen am Ammersee, Enden (Völk), Eichenstock, Eisenberg (Stuttgarter), Gutin, Gießen (G. H. Müller), Glashau (Albin Kreil, Zimmermeister), Gleiwitz, Greiz, Großen (Müller), Halle an der Saale (Lindner in Annendorf), Kaiserslautern (Edel), Lassan in Pom., Lübben, Markgröningen i. Württemb., Mittweida (Günz u. Comp.), Mölln i. L. (Greese), Mühlhausen (Bautschler), Nadeberg, St. Ludwig i. G. (Baugeschäft Groß), Schönlanke, Segeberg, Spandau (Behring u. Co.), Speicher, Stolp i. Pom., Petersen, Waiblingen, Warmbrunn (Ansorge), Weida (Dornbirn), Werne (Hellwig), Weinheim (Jäger u. Harms), Weizensee (Genossenschaft), Willau (Grebs), Wildau (Grebs), Wilsdruff, Ziegenhals.

Holzarbeitern nach Coblenz (Rheinische Pianofortefabrik), Kreisfeld (Stefan Hain).

Modelltschläfern nach Frankfurt a. M. (Nagels Union), Hamburg (Metzmeister), Leipzig (Krause), Ziegnitz (Teichert u. Sohn).

Parfümierern nach Weimar (Heber).

Stuhlbauern nach Pr. Holland, Willau (Grebs).

Bergarbeiter und Goldseifenmacher aller Brausen nach Hamburg-Altona-Ottensen (Rehberg u. Co.).

Großmachern nach Berlin (Stralauer Glashütte), Glücksstadt (Kahl), Köthen, Nürnberg, Nienburg, Nienfelden i. Schweiz.

Drehslern nach Friedland in Schlesien, Lübben, Stolp in Pommern.

Knappmacher nach Frankenhausen.

Pantinenmacher nach Kellinghusen.

Stellmachers und Wagenbauern nach Bremen, Delmenhorst, Halle a. S. (Lindner-Ammendorf).

Werstarbeitern nach Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Bremen, Einbeck, Niedersachsen, Stettin, Wismar, Flensburg, Grabow i. M. (Gingemann), Behren bei Riesa (Pöge).

Kampfmittel angewandt wurden, um die Arbeitsvermittlung in gewünschtem Sinne zu gestalten, war wiederum die Leitung des Schuhverbandes zuerst mit ihrem Latein zu Ende, und schon am 15. Juli lief sie von neuem zum Radi und erhob eine vierte Klage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband.

Welche Folgen diese neue Klage gehabt hat, ist bereits bekannt geworden. Unsere Kollegen sagten sich, daß den Herrschäften dieses Geschäft einmal gründlich ausgetrieben werden müsse, und sie haben es verstanden, selbst unter dem Vertragshinweis der flagellierten Schuhverbandsleitung nebst Familie gehörig in die Suppe zu spucken. Wie ein Laufender ging es von Mund zu Mund: Wir wollen bei Leuten, die unsern Verband bei jeder derartigen Differenz vor Gericht zerrt, überhaupt nicht mehr arbeiten, und ohne Beschluß, ohne Kampfparole und äußeres Kampfesziel verließen innerhalb einiger Tage circa 2000 Kollegen die Betriebe. Aber jeder einzelne wußte ganz genau, um was es sich handelte. Nachdem die Verhandlungen wieder aufgenommen waren und als Bedingung hierfür die schriftliche Erklärung des Schuhverbandes unseren Kollegen bekannt gegeben werden konnte, wonach die anhängig gemachte Klage zurückgezogen und weitere Klagen aus diesem Grunde nicht mehr erhoben würden, da war die Freude und Genugtuung über diesen Erfolg einer geradezu beispiellosen Einigkeit der gesamten Kollegenschaft auf jedem einzelnen Gesicht zu lesen.

Gegenwärtig werden die erforderlichen Vorarbeiten für die am 1. Oktober erfolgende Eröffnung des partitäischen Arbeitsnachweises mit Beschleunigung betrieben. Ein schönes, geräumiges Lokal in St. Georg, in unmittelbarer Nähe des Gewerbehause, ist bereits beschafft, und auch die innere Einrichtung wird auf das saubere hergestellt, um auch in dieser Beziehung unseren Kollegen den Dank für ihr manhaftes Eintreten in diesem denkwürdigen Kampfe zu erstatte.

Und das hat der Schuhverband zum guten Teil mit seiner Klagerei fertig gebracht. Ob er es wohl nun mehr eischen wird, daß auch die andern noch schwedenden Klagen am besten in der Versenkung verschwinden? Wir wollten nicht die Zurückziehung auch dieser Klagen fordern, aber wir haben es deutlich genug zu verstehen gegeben, daß wir nun in dieser Beziehung genug haben. Will der Schuhverband die Sache weiterführen — nun gut. Die Zeit des Vertragsablaufs rückt heran, und dann werden wir unsererseits das tun, wozu wir durch die Taktik unserer Arbeitgeber getrieben wurden. Wir werden dann sehen, wer den meisten Schadenersatz leistet.

Soziales.

Meidet den Schnaps!

Die monatlichen Nachweiseungen über die Erzeugung und den Verbrauch von Spiritus bestätigen fortgesetzt die Wirkung des von der Arbeiterschaft mit so gutem Erfolg ins Werk gesetzten Schnapsbohoffs. So hat z. B. im Monat Mai 1910 der gewerbliche Verbrauch von Spiritus gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme um 28,0 Proz. erfahren, aber in der gleichen Zeit ist der Trinkverbrauch von 105.044 Hektoliter auf 157.976 Hektoliter, das ist um 19,4 Proz., zurückgegangen, und dieser Rückgang hat zur Folge gehabt, daß die Gesamtzerzeugung um 4,7 Proz. hinter dem Ergebnis des Monats Mai 1909 zurückgeblieben ist. Betrachtet man die acht Monate Oktober 1909 bis Mai 1910 mit dem entsprechenden Zeitraum des vorausgegangenen Jahres, dann ergibt sich eine Steigerung des gewerblichen Verbrauchs um 14,5 Proz., dagegen ein Rückgang des Trinkverbrauchs um 28,7 Proz. und ein Rückgang in der Erzeugung um 18,6 Proz.

Dass dieser Rückgang des Schnapskonsums ausschließlich auf den vom sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossenen Schnapsbohott zurückzuführen ist, unterliegt keinem Zweifel, wenn auch der Bohottogebanke Förderung auch aus solchen Kreisen erfahren hat, die sonst jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen. Durch den Bohott sollte das Junkertum getroffen werden, für welches das Schnapsfaß eine Quelle der Vereicherung geworden ist. Dass die Schnapsbrenner diese erhebliche Einschränkung im Verbrauch von Trinkbranntwein spüren, ist begreiflich. Man muß ihnen aber zugestehen, daß sie es recht gut verstehen, ihren Berger vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Interessant ist in dieser Beziehung eine Aussölung der „Konservativen Korrespondenz“. Dieses Unserorgan gibt sich Mühe, aus dem Ergebnis der vom schwarz-blauen Block beschlossenen Steuern, über welche jetzt die Ergebnisse des ersten Vierteljahrs des laufenden Glasjahres vorliegen, den Nachweis zu erbringen, daß diese Steuerexperimente den erwarteten peinlichen Effekt haben werden. Unter anderem heißt es da bezüglich der Mindererträge, welche außer der Brannweinsteuer auch die Leuchtmittel- und Blindholzsteuer sowie der Wechsel- und Scheinstempel ergeben haben: „Von diesen Mindererträgen fällt aber nur der Minderertrag bei der Brannweinsteuer mit 18,9 Millionen Mark ins Gewicht, der herbeigeführt ist durch den gewiß hochfreudlichen Rückgang des Trinkbrannweinverbrauchs, der allein in den Monaten Oktober 1909 bis Mai 1910 483.100 Hektoliter reinen Alkohol betragen hat.“

Es ist sehr nett von der „Konservativen Korrespondenz“, daß sie den Rückgang des Trinkbrannweinverbrauchs als „hochfreudlich“ bezeichnet. So weit es an uns liegt, soll nichts unterlassen werden, um diese Freude noch mehr zu steigern. Der Schnapsverbrauch in der Arbeiterschaft muß noch viel weiter zurückgehen, die Liebesgabe, die den Junkern durch den Verbrauch von Schnaps gewährt wird, muß gänzlich verschwinden. Ist es schon der Mühe wert, wenn wir das Schnapsjunkertum durch unsre Enthaltsamkeit an der Stelle treffen, an der es am empfindlichsten ist, nämlich am Geldbeutel, so müssen wir doch den Schnapsgenuss hauptsächlich um unsrer selbst willen bekämpfen. Der Alkohol ist ein gefährliches Gift, das auch in geringen Mengen genossen, die Widerstandskraft des Körpers schwächt und ihn für Krankheiten aller Art empfänglich macht. Durch eine Menge von exakten Versuchen ist es nachgewiesen, daß es eine Täuschung ist, zu meinen, daß der Alkohol den Körper kräftigt und ihn leistungsfähiger macht; das Gegenteil ist der Fall. Die riesigen Summen, welche die Arbeiter immer noch für Alkohol ausgeben, würden, wenn sie für eine kräftige körperliche und geistige Kraft aufgewendet werden, sowohl dem einzelnen als auch der Gesamtheit zum Vorteil gereichen.

Es ist gewiß nicht leicht, sich von alteingesetzten Sitten und Gewohnheiten zu trennen, aber der Erfolg den der Aufruf zur Enthaltsamkeit vom Schnapsgenuss bisher schon erzielt hat, läßt erwarten, daß in der Bekämpfung des Alkoholgenusses noch viel weitgehendere Fortschritte zu erzielen sind. Wir streben nicht nur die materielle, sondern auch die geistige und moralische Hebung der Arbeiterschaft und wir werden unser Ziel um so schneller und sicherer erreichen, je mehr wir die hemmenden Momente ausschalten. Ein wichtiges Hemmnis für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist der übermäßige Genuss von Alkohol, deshalb kann nicht oft genug der Mahnruf erschallen:

Meidet den Schnaps!

Ein neues Mittel, Streiks unmöglich zu machen, schlägt ein Freiherr v. B. in den „Berliner Neuesten Nachrichten“, einem von der Großindustrie ausgeschalteten Blatte, anlässlich des Lohnkampfes auf den Werken vor. Danach soll die Wehrordnung des Deutschen Reiches dahin abgeändert werden, daß bei Kämpfen in der Schiffbauindustrie auf Antrag des Reichsmarineamts die noch mehrpflichtigen Streiken enden einfach zum Militär einzogen und zur Fertigstellung der Schiffe kommandiert werden können. Die bereits schwimmenden Kriegsschiffe sollen verstärkt Schutz dadurch erhalten, daß Arbeitseinschließungen der an ihnen beschäftigten Arbeiter mit Freiheitsstrafen belegt werden. Solche „schräferen Mittel“ sollen angeblich zur Erhaltung der Wehrfähigkeit des Reiches nötig sein. Der Verfasser verzerrt dabei ganz, daß es die Unternehmer doch in allen Fällen in der Hand haben, durch verständnisvolles Entgegenkommen Ausstände zu vermeiden. Auch vermissen wir,

welche Strafe denn die Unternehmer treffen soll, wenn sie durch leichtfertig inszenierte Ausperrungen den Schiffbau aufhalten. Man sieht, die Freude der Werftarbeiter verfallen schon auf die sonderbarsten Pläne, um ihre unehrenbare Stellung zu verbessern.

Die Wahl der Sicherheitsräte im Bergbau ist jetzt zum ersten Male vorgenommen worden. Während im Saarrevier und in den kleineren Bergbaureviere in der Wehrheit Christlichorganisierte gewählt wurden, errang im Ruhrgebiet, dessen Wahlen allezeitig mit Spannung verfolgt wurden, der alte (freie) Bergarbeiterverband einen vollen Sieg. In den 240 Reichen des Gebietes wurden 1085 seiner Kandidaten gewählt, während auf den drei christlichen Vertrieben entfielen und weitere 50 unorganisiert sind. Das diesbezügliche Gesetz ist bekanntlich eine Folge des Riesenunglüds auf der Zeche Radbod im Jahre 1908.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. 37 ist der 87. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nächstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 187888 August Bachmann, Eichler, geb. 28. 12. 84 zu Sarnau. 201632 Adolf Schneider, Eichler, geb. 20. 8. 85 zu Wolfmarzdorf. 840482 Fritz Brachert, Eichler, geb. 10. 8. 87 zu Magdeburg. 447943 Emil Welge, Eichler, geb. 18. 5. 91 zu Hagen. 454834 Fritz Schuster, Eichler, geb. 28. 7. 72 zu Hoyerswerda. 477601 Franz Brand, Eichler, geb. 14. 7. 10 zu Duisburg.

Im Monat August gingen von nachnamten Wahlstellen folgende Briefe ein:

Gau Danzig: Bromberg 220 Ml., Danzig 400, Elbing 850, Goldap 94.68, Graudenz 150, Königsberg 1800, Stolberg 120, Lauenburg 50, Lyl 12.81, Marienburg 40, Maret 70, Osterode 85.75, Mastenbeck 120, Thorn 18.50, Elbitz 278.50 Ml.

Gau Stettin: Ullam 100 Ml., Demmin 60, Fürstenberg 100, Gützkow 441, Lütz 50, Neustadt 60, Parchim 100, Parelwitz 25, Schivelbein 87.50, Schwerin 750, Stargard 800, Stralsund 150, Strelitz 100, Swinemünde 140 Ml.

Gau Breslau: Beuthen 200 Ml., Breslau 750, Brieg 100, Deutsch-Elsia 100, Erdmannsdorf 80, Freiburg 850, Glogau 100, Görlitz 1000, Guhrau 55, Jauer 95, Kattowitz 250, Königshütte 100, Langenwitz 500, Lauban 50, Liegnitz 1000, Neusalza 50, Niesky 180, Posen 850, Schmiedeberg 18.82, Waldenburg 100 Ml.

Gau Berlin: Berlin 8000 Ml., Charlottenburg 600, Cölln 100, Dahme 80, Drossen 50, Eberswalde 200, Finsenwalde 1100, Frankfurt 1000, Groß-Lichterfelde 250, Güben 400, Höhnsivorla 100, Kallenberg 58, Klosterfelde 185, Kolmar 50, Landsberg 800, Muskau 80, Oberberg 50, Oranienburg 90, Potsdam 400, Preußlau 180, Prignitz 60, Rathenow 200, Rixdorf 1100, Schneidemühl 100, Schwedt 80, Schmöbus 78.50, Sorau 99, Spandau 500, Spremberg 100, Steglitz 200, Strausberg 50, Treuenbrietzen 104, Viez 18, Weißensee 1500, Weißwasser 60, Wittensee 200, Behrendorf 10, Behrendorf 60 Ml.

Gau Dresden: Altenberg 60 Ml., Brand 250, Colmnitz 55, Deutschneudorf 90, Döbeln 250, Ebersbach 100, Eppendorf 200, Freiberg 180, Gerickevalde 1000, Glashütte 300, Großröhrsdorf 125, Großschönau 190, Harta 600, Kamenz 80, Königstein 200, Leisnig 100, Leubsdorf 176.29, Löbau 100, Meißen 400, Mittweida 400, Mühlberg 196.82, Mulda 152, Neuhäusen 250, Niederseiditz 500, Niederseiditz 50, Oschatz 100, Pirna 800, Rabenau 900, Radeberg 800, Riesa 850, Schmiedeberg 70, Sebnitz 70, Waldheim 500, Zittau 200 Ml.

Gau Leipzig: Adorf 98 Ml., Altenburg 500, Burgstädt 98, Chemnitz 2000, Crimmitschau 200, Eilenburg 1000, Eisenberg 300, Falkenstein 100, Geithain 60, Gera 1600, Görlitz 800, Grimma 150, Hainichen 180, Hohenstein 50, Johanngeorgenstadt 395, Kleinbiersdorf 148, Klingenthal 170, Leipzig 15.000, Limbach 125, Mautz 100, Meernane 200, Penig 100, Schleiz 60, Schmölln 1199, Schönheide 150, Stollberg 70, Taucha 120, Thalheim 60, Weida 100, Werda 150, Wurzen 100, Zeitz 2600, Zwönitz 300 Ml.

Gau Erfurt: Blumenburg 44.52 Ml., Brotterode 17.80, Bürgel 600, Coburg 800, Elster 80, Fehrenbach 178.05, Frauenhausen 400, Friedrichrode 70, Goldlauter 40, Gotha 900, Gräfinau-Angstedt 100, Hermisdorf 100, Hilbershausen 25, Jena 300, Langensalza 100, Langewiesen 850, Lauterberg 200, Leibis 106.25, Martinroda 108.71, Naumburg 150, Neustadt 200, Oberneubrunn 22.55, Ohrdruf 250, Osheim 6.50 Roda 70, Rudolstadt 81.35, Saalfeld 100, Schleiz 41.50, Thiemar 100, Triptis 6, Waltershausen 300 Ml.

Gau Magdeburg: Aken 187 Ml., Braunschweig 2000, Burg 600, Cöthen 400, Coswig 150, Delitzsch 60, Gardelegen 200, Goslar 130, Helmstedt 899, Magdeburg 2100, Sangerhausen 250, Staßfurt 110, Wernigerode 200, Wittenberg 100, Berßel 200 Ml.

Gau Hameln: Apenrade 100 Ml., Bergedorf 227.50, Boizenburg 170, Brake 60, Bredstedt 80, Bremen 1000, Elmshorn 150, Emden 85.75, Geesthacht 180, Harburg 1025, Heide 100, Husum 145, Itzehoe 100, Kellinghusen 50, Lauenburg 100, Lübeck 800, Lüneburg 500, Meldorf 200, Neuenburg 50, Neumünster 453.80, Norden 149.62, Oldenburg 290, Ostdosse 150, Rendsburg 150, Scherbeck 80, Sonderburg 100, Stade 60, Uetersen 60, Varel 100, Wilhelmshaven 1050 Ml.

Gau Hannover: Alfeld 40 Ml., Cassel 1000, Celle 400, Delligsen 28.89, Detmold 450, Göttingen 200, Hamm 1000, Hesel 70, Hildesheim 200, Lage 140, Lemgo 80, Melle 180, Minden 200, Northeim 80, Osterode 100, Peine 100, Quakenbrück 150, Soltan 85, Springe 100, Steinheim 30, Uelzen 150, Walsrode 80 Ml.

Gau Düsseldorf: Bochum 220 Ml., Dortmund 300, Elberfeld 800, Essen 800, Gelsenkirchen 101.20, Gladbeck 50, Gummersbach 70, Hagen 260, Hamborn 80, Köln 2500, Lennep 50, Mülheim 187.50, Münster 70, Neukirch-

120, Rheindorf 40, Siegen 100, Solingen 150, Numa 50, Wadgassen 80, Wanne 80, Weisel 80 Mf. Gau Frankfurt: Alsfeld 100 Mf., Niedernach 55, 60, Biebesheim 25, 47, Oberbach 80, Frankenthal 400, Frankfurt 600, Hanau 800, Hessenstein 40, Höchst 600, Höhe 70, Kaiserslautern 500, Kelheim 400, Ketschheim 100, 50, Kreuznach 60, Landau 100, Ludwigshafen 700, Mainz 1500, Mannheim 1000, Marburg 200, Michelstadt 60, Montabaur 40, Mülheim 150, Neu-Isenburg 400, Offenbach 800, Würzburg 121, 65, Stimpfenheim 100, Vilbel 100, Wetzlar 75, Wiesbaden 800, Worms 400, Zweibrücken 50 Mf.

Gau Nürnberg: Alsbach 120 Mf., Cham 95, Erlangen 300, Herzogenaurach 80, Hof 2, 50, Lauf 450, Neustadt 540, Neichendorf 100, Rothenburg 150, Schney 50, Wilhermsdorf 15, Würzburg 800 Mf.

Gau München: Dachau 240 Mf., Freising 150, Ginsburg 80, Ingolstadt 40, Kaufbeuren 40, Memmingen 200, Nürnberg 28, Rummelbach 50, Landshut 100, Lindau 80, Memmingen 100, Miesbach 50, München 105, 90, Passau 90, 80, Passau 50, Pfarrkirchen 80, Petzenhausen 50, Moosach 150, Starnberg 150, Straubing 100, Tegernsee 67, 72, Tölz 100, Wörthofen 22, 50, Wolfratshausen 70 Mf.

Gau Stuttgart: Altensteig 50 Mf., Aßberg 122, 60, Bietigheim 100, Breiten 70, Bruchsal 60, Ebingen 70, Esslingen 400, Freudenstadt 20, 20, Gundelfingen 100, Hall 100, Hechingen 20, Heilbronn 800, Holzgerlingen 75, Karlsruhe 200, Kirchheim 140, Laupheim 65, 53, Markbach 100, Milchhausen 200, Pfarrkirchen 500, Ravensburg 87, 50, Reichenbach 80, Reutlingen 200, Schorndorf 60, Schramberg 200, Singen 60, Spaichingen 100, Spiegelberg 24, 88, Stuttgart 8000, Triberg 20, Tübingen 80, Tuttlingen 80, Ulm 500, Ulrich 120, Waldshut 55, Wesselsheim 24, 75, Wertheim 51, Wernsheim 55, Zussenhausen 300 Mf.

Die Nebenstellen und Verwaltungen werden ersucht, vorliegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Umstände sofort an uns zu berichten.

In der Quittung mitenthalten sind auch die für die Bauarbeiter bestimmten Beiträge. Nicht aufgeführt sind die Beiträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C. Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin (Bergedorf). In der am 20. August abgehaltenen, von circa 400 Kollegen besuchten Versammlung referierte Kollege Schulze über: "Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung". Um die Arbeitslosigkeit auf breitere Schultern zu verteilen, sei es notwendig, den Nachweis auch für die Bergarbeiterbranche obligatorisch einzuführen. Nach eingehender Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche den Kollegen zur Pflicht macht, das Umschauen nach Arbeit unter allen Umständen zu unterlassen. Ebenso ist das Vermitteln der Kollegen untereinander untersagt. Zeitungsinserate müssen unbedingt veröffentlicht bleiben. Jeder Kollege hat sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Arbeitsnachweis zu melden. Sollen in den Werkstätten Plätze besetzt werden, oder werden solche unter Umgebung des Nachweises besetzt, so müssen die Vertrauensleute oder Werkstattausschüsse eventuell durch Vorstellungen bei dem Unternehmer darauf bringen, daß diese Stellen durch den Nachweis besetzt werden. Bei allen Werkstattdifferenzen ist auch die Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises zu fordern. Hierauf gab Kollege Lechner den Bericht von der Generalversammlung.

Güstrin. Die Arbeitszeit beträgt hier noch durchschnittlich 60 Stunden. Der Lohn schwankt zwischen 28 und 38 Pf. In diesen Betrieben läßt die Behandlung zu wünschen übrig. In der Werkstatt Jahn kommen auf 12 Gesellen allein 6 Meister. In einer Bautechnelei, wo vorwiegend im Akord gearbeitet wird, kommen recht häufig Unfälle vor, weil jeder Tischler die Maschinen selbst bedienen muß. In einer anderen Werkstatt stehen die Maschinen im Tischerraum, wodurch eine starke Staubentwicklung das Arbeiten erschwert. Es ließe sich vieles bessern, wenn alle Kollegen im Verbande wären. Die Durchreisenden sollten vor Arbeitssammlung sich stets erst beim Kassierer erfundigen.

Eberswalde. Der Stoffabrikant Pohl scheint die Verhältnisse hier auf das Niveau der 90er Jahre herabdrücken zu wollen. Zunächst beginnt er mit der Gefängnisarbeit. Im weiteren geht er zu seiner alten Liebe, der Heimatarbeit, zurück, trotzdem doch die Verhältnisse im Betriebe schon gebrüderlich genug sind. Beschäftigt werden neben 25 erwachsenen Arbeitern 13 jugendliche und weibliche Arbeitsträger. Die Vieger verdienen 14 bis 15 Mf.; gut eingearbeitete 20 bis 24 Mf. per Woche, bei Schäferhafen 18 Mf., bei Büren und Manisa bis 28 Mf. die Woche, Heiser und Schleifer 21 bis 25 Mf., schwächere 15 bis 19 Mf., jugendliche 5 bis 9 Mf. Fräser 20 Mf., selten bis 27 Mf., Polierer 18 bis 22 Mf., davon gehen aber 3 bis 4 Mf. für Kosten ab, so daß 15 bis 18 Mf. als Wochenlohn verbleiben. Dafür dürfen diejenigen aber bis zu 70 Stunden für den Unternehmer frönen. Heimarbeiter erreichten unter Herauszierung von Frau und Kindern bei unbegrenzter Arbeitszeit im Höchstfall bis 30 Mf. Die jugendlichen Arbeiter bekommen zum Teil nur die Hälfte des Lohnes der Erwachsenen. Das der Betriebsführer jetzt beginnt, die Arbeit in schikanöser Weise zu verteilen, sei jedenfalls erwähnt. Gegen diese himmelschreitenden Missstände kann nur die Organisation helfen. Auch die jugendlichen Arbeiter müssen derselben zugeführt werden. Kollegen! Laßt Euch durch keinerlei Schikanen Eurer Pflicht abwenden machen. Streit jetzt zum Verband, auf daß Missstände dann können beseitigt werden.

Frankenberg i. Vogtland. Unsere letzte Mitgliederversammlung war leider recht schwach besucht. Dabei stehen unsere Arbeitsverhältnisse noch weit hinter anderen Zahlstellen zurück. Wird doch in der Möbelfabrik von Jäger noch 60 bis 61 Stunden die Woche gearbeitet. Waren die anderen Fabrikanten nicht gesetzlich gezwungen, Sonnabends eine kürzere Arbeitszeit einzutreten zu lassen, so hätten wir mit Zusatznahme der Büromaschinen noch die höchstmögliche Arbeitszeit. Und wie sind die Löhne? Wissen doch vollwertige Arbeiter für 14 bis 15 Mf. höchstens frönen. Selbst bei gesetzten Arbeitern ist dies nichts Seltenes. Wenn auch

die Fabrikanten bei einzelnen Arbeitern auf Verlangen ein kleines Zugeständnis in bezug auf den Lohn machen, so darf nur, um nicht noch die besten Arbeitskräfte zu verlieren. So wie bisher darf die Interessengesellschaft nicht weiter gehen. Ein jeder möchte es sich zur Pflicht, regelmäßig in die Versammlungen zu kommen. Nur dann wird es möglich sein, das längst Versäumte nachzuholen.

Norwales. Die Fachzeitung des Arbeitgeberverbands beschäftigt sich in ihrer Nr. 33 unter der Überschrift: "Ungerechte Forderungen" u. a. auch mit dem Verlangen unserer Kollegen in Potsdam und Stommes, daß der für Arbeiten außerhalb der Werkstätte im Vertrage vorgeschencne Lohnaufschlag von 3 bzw. 6 Pf. pro Stunde auch dann bezahlt wird, wenn diese Arbeiten im Zürcher des Holzes auf den Maschinen fremder Betriebe stattfinden. Die diesbezügliche Bestimmung ist nun aus dem alten Vertrag übernommen. Während dessen Geltung wurde allgemein pro Tag 25 Pf. Lohnaufschlag gezahlt, wenn der Geselle hier um Orte mit nach der Maschine fuhr; ging es nach Potsdam, so gab es 50 Pf. Es handelt sich bei dieser Lohnleistung oder Beaufsichtigung beim Schnitzen, Hobeln, Schleifen, Bohren und Ruten in der Regel auch nicht um wenige Stunden. Bei der Firma Paul Kümmel, bei der die gegenwärtige Differenz entstanden ist, werden oft große Posten abgeschnitten, an denen der ganze Betrieb von 8 bis 10 Mann 2 bis 3 Wochen Arbeit hat. Wenn dann ein Geselle das Holz auf der Maschine soweit zurechtgeschnitten muß, daß zu Hause nur ausgespult und fertig gemacht wird, dann muß er mindestens 10 bis 12 Tage auf der Maschine arbeiten. Dann kann er wohl mit Zug und Recht die 8 Pf. bzw. 6 Pf. laut Arbeitsvertrag verlangen. Hinzu kommt noch die gefährdrohende und gesundheitsschädliche Arbeit auf den Maschinen, wobei in Norwales jede sanitäre Einrichtung, Ventilation, Staubfänger fehlen und die schwere Arbeit des Kumbusels mit dem Holz in den engen Maschinenzäumen kommt. Daß die Auffassung der "Fachzeitung" über diese "ungerechte Forderung" falsch war, haben ja inzwischen die zur Schlachtung angerufenen beiderseitigen Centralvorsstände bestätigt. Diese haben in ihrer Sitzung vom 28. August entschieden, daß durch den neuen Vertrag Verschlechterungen nicht eintreten dürfen und daß der Aufschlag für Arbeiten außer der Werkstatt in den Betrieben, wo er bisher gezahlt wurde, im selben Umfang weiter zu zahlen ist. Insbesondere ist entschieden, daß auch die Firma Kümmel bei mehr als fünftägiger Arbeit an fremden Maschinen den im Vertrag vorgeschencnen Aufschlag zu zahlen hat.

Nürnberg. (Maschinenarbeiter.) Zu der Mitgliederversammlung vom 20. August hielt Kollege Meier einen Vortrag über "Schuhverrichtungen", wobei er betonte, daß das Arbeitserwohlfahrtsmuseum in München auf diesem Gebiete Vorreiterschaft leiste. Meier ruft die Weisheitsgültigkeit verschiedener Kollegen, welche die Vorschriften über Unfallgefahren ganz außer acht lassen, aus reiner Neugierde oder aber, um keine Schäden zu können. In München ist der Brauch, daß Schreiner ihre Arbeit selbst an der Maschine machen, bereits abgeschafft, was den hiesigen Kollegen zur Nachahmung zu empfehlen wäre. In der Diskussion kam die Lage der Arbeiter in den Sägewerken zur Sprache. Die Aussicht ging dahin, daß es höchste Zeit wäre, daß diese Kollegen einmal ihre Gleichgültigkeit abschütteln und sich mehr um ihre eigenen Interessen kümmern. Der Versammlungsbefehl ließ sehr zu wünschen übrig. Es ist bedauerlich, wenn derartig wichtige Vorträge nicht besser besucht werden. Den Kollegen diene zur Kenntnis, daß von jetzt ab die Versammlungen Punkt 1/2 Uhr beginnen.

Solingen. Unsere Mitgliederversammlung war leider schwach besucht. Kollege Schröder-Düsseldorf sprach über: "Die Entwicklung und die Leistungen unseres Verbandes." Hier um Orte gibt es nochreichlich Arbeit für den Verband, um einigermaßen einheitliche Verhältnisse zu schaffen. Während Bau- und Möbelschreiner allgemein zwischen 50 und 60 Pf. Stundenlohn haben, bietet z. B. die Möbelschreinerei Bauer ihren Leuten direkt 42-45 Pf. an. Das liegt natürlich auch an der Gleichgültigkeit der dort Beschäftigten. Unsere Kollegen sollten eben allgemein den alten Schlendrian abwerfen und die Versammlungen pünktlich besuchen. Es schädigt sich jeder selber, der seine freie Zeit in Klubvereinen vertrödelt. — Nur durch ein starkes und eisiges Zusammenarbeiten wird es uns gelingen, auch hier am Orte Erfolg zu erzielen. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß das Umschauen in Solingen streng verboten ist. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei unserem Kassierer Vogelsang, Albrechtstraße 2a.

Sterbetafel.

Max Bahrmann, Tischler, 30 Jahre alt, gest. am August 1910 zu Köln (Unfall).

Otto Weise, 54 Jahre alt, gest. 1. September 1910 zu Schmölln (Schwindsucht).

Georg Weiß, Tischler, 41 Jahre alt, gest. 8. August 1910 zu Lehringen.

Wilhelm Döbler, Tischler, 27 Jahre alt, gest. 10. August 1910 zu Kochendorf.

Johann Hirschmann, Tischler, 62 Jahre alt, gest. 18. Juli 1910 zu Fürth.

Philipps Post, Tischler, 61 Jahre alt, gest. 31. August 1910 zu Fürth.

Ernst Schröder, Pianofortearbeiter, 47 Jahre alt, gest. 8. August 1910 zu Leipzig.

Friedrich Reinig, Maschinenarbeiter, 37 Jahre alt, gest. 25. Juli 1910 zu Frankfurt a. O.

Otto Böhl, Tischler, 39 Jahre alt, gest. 27. August 1910 zu Frankfurt a. O.

Jakob Scheuerl, Tischler, 26 Jahre alt, gest. 19. Juli 1910 zu Dachau.

Helene Beder, Celluloidarbeiterin, 25 Jahre alt, gest. 28. Juli 1910 zu Leipzig.

Paul Liebert, Bäcker, 33 Jahre alt, gest. 25. Juli 1910 zu Dresden.

Karl Schäge, Knopfmacher, 59 Jahre alt, gest. 15. Juli 1910 zu Gardelegen.

Karl Anger, 32 Jahre alt, gest. 29. Juli 1910 zu Worms.

Karl Oehme, Tischler, 32 Jahre alt, gest. 15. August 1910 zu Cottbus.

Heinrich Vößler, Bürstenmacher, 50 Jahre alt, gest. 6. August 1910 zu Nürnberg.

Gustav Hafenberg, 24 Jahre alt, gest. 13. August 1910 zu Döbeln (Schwindsucht).

Karl Pfeil, Maschinenarbeiter, 60 Jahre alt, gest. 28. Juli 1910 zu Libsdorf.

Hermann Tiebe, 53 Jahre alt, gest. 28. Mai 1910 zu Recklinghausen (Magenkrebs).

Andreas Geffers, Tischler, 50 Jahre alt, gest. 31. Juli 1910 zu Braunschweig (Herdleiden).

Wilhelm Schulz, Tischler, 38 Jahre alt, gest. 7. August 1910 zu Steinatal (Tuberkulose).

Agnes Kabis, Hilfsarbeiterin, 29 Jahre alt, gest. 15. Juli 1910 zu Nabernau.

Karl Wimmer, Tischler, 48 Jahre alt, gest. 18. Juli 1910 zu Heidelberg.

Paul Weber, Holzarbeiter, 24 Jahre alt, gest. 23. Juli 1910 zu Deutschendorf (Unfall beim Turnen).

Friedrich Bauer, Tischler, 50 Jahre alt, gest. 21. Juli 1910 zu Mannheim.

Josef Drobig, Knopfarbeiter, 37 Jahre alt, gest. 23. Juli 1910 zu Breslau.

Karl Steinberg, Polizier, 66 Jahre alt, gest. 21. Juli 1910 zu Breslau.

Karl Krause, Tischler, 61 Jahre alt, gest. 28. Juli 1910 zu Breslau.

Gottfried Milde, Tischler, 66 Jahre alt, gest. 31. Juli 1910 zu Breslau.

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Zur Werftarbeiterbewegung ist zu berichten, daß insbesondere die Hamburger Werften bestreikt waren, eine Reihe Reparaturarbeiten in den Landbetrieben auszuführen zu lassen. Die Folge davon war, daß die Arbeiter dieser Betriebe die Arbeit niedergelassen. Hierbei sind eine ganze Anzahl Hamburger Metallwarenfabrikanten betroffen, in denen rund 1500 Arbeiter beschäftigt waren. Eine Anzahl Kollegen, insbesondere Modeltschäler, wurden in Mitleidenschaft gezogen. In der letzten Woche wurde von einer breiten, unbeteiligten Seite die Vermittlung und Einsichtigung von Verhandlungen angeholt, mit den ausdrücklichen Bemerkungen, daß die Werftbesitzer zu solchen bereit seien, wenn die Organisations der Arbeiter einverstanden sind. Den Werftbesitzern wurde daraufhin mitgeteilt, daß auch die Arbeiter zu Verhandlungen bereit seien und von den Arbeitgebern Vorschläge bezüglich des Zeitpunktes des Zusammentreffens der beiderseitigen Vertreter erwarteten. Darauf antworteten die Arbeitgeber:

Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften ist bereit, auf den Vorschlag einzugehen, mit Vertretern der genannten acht Arbeiterorganisationen zusammenzutreffen unter Hinzuziehung von je einem Vertreter der Christlichen und drei Vertretern der nationalen Arbeitervereine der Werften. Am Mittwoch, den 7. September, morgens 10 Uhr, sind wir für eine Zusammenkunft im Rathaus des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona bereit.

Die Antwort der Arbeiterorganisationen lautete darauf:

Die an der Einreichung der Vorschläge vom 11. Juli 1910 beteiligten acht gewerkschaftlichen Zentralverbände halten noch wie vor daran fest, daß eine Aussprache über die genannten Vorschläge im gegebenen Moment nur zwischen den direkt Beteiligten selbst, also der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften als der Empfängerin und Vertretern der acht gewerkschaftlichen Zentralverbände als den Beteiligten der genannten Vorschläge stattfinden können. Mit dem von der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften für eine Zusammenkunft in Aussicht genommenen Zeitpunkt und Ort sind die in Betracht kommenden Gewerkschaften einverstanden.

Mündlich wurde dann noch hinzugefügt, daß in den Orten, wo andere Organisationen in geringerer Zahl in Frage kommen, man gegen deren Zustellung nichts einzubringen habe, vorausgesetzt, daß es sich nicht etwa um Gelbe oder Streikbrecher handle. Nachdem die Arbeitgeber obiges Schreiben erhalten hatten, erklärten sie durch die ihnen nahestehende Presse, die Arbeiter hätten die Verhandlungen abgebrochen. Wie es sich damit verhält, erscheinen die Kollegen aus dem Briefschreiber. Unsere Mitglieder, welche am Kampfe beteiligt sind, reisen in Scharen ab oder treten übermäßig in Arbeit. Von den 520 Kollegen, welche in Hamburg die Arbeit auf den Werften mit eingesetzten waren am 1. September noch 250 ohne Arbeit. Nicht solange die Werftbesitzer bei Beendigung des Kampfes stehen, wo sie die nötigen Arbeitskräfte hernehmen. Dringend werden die Kollegen ersucht, den Zugang von Holzarbeitern aller Gattungen nach allen Werken fernzuhalten.

In Amtendorf b. Halle a. S. dauert der Streit in der Waggonfabrik von Gottsf. Lindner unverändert fort. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen doch recht dringend, auf Interesse in bürgerlichen Zeitungen Obacht zu geben, da die Firma noch fortgesetzt in allen Teilen des Reiches unter der Beteiligung der Streik sei heendet. Streikbrecher nach hier zu lotsen versucht. Das ist ihr auch mehrmals gelungen. Neuerdings ist wieder ein gewerkschaftlicher Agent namens Herm. Knoll in Dömitz tätig. Wir ersuchen, auch jenseitlich den Zugang streng fernzuhalten.

In Auerbach i. Vogtl. haben unsere Kollegen in zwei Betrieben, in denen keine Kündigung besteht, die Arbeit eingestellt. In den anderen Betrieben ist die Kündigung eingereicht.

In Berlin dauert der Streit der Korbmacher der Stralauer Glashütte nun schon neun Wochen. Leider ist es der Direktion gelungen, mehrere Arbeitwillige zu erhalten, dabei auch die Korbmacher Adam und Niwidzial. Letzterer ist Mitglied des Katholischen Arbeitervereins, der sich mit der Duldung solcher Handlungsweise kennzeichnet. Die Direktion wird wohl wenig Freude an ihrem Maus-

Jeder einsichtige Volksfreund müßte dieses Vorgehen mit Freuden begrüßen, galt es doch Ordnung zu schaffen auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt, sollte doch dadurch vermieden werden, daß der Einwohner lang vergebens nach Arbeit sucht, während ein anderer solche sofort findet. Anders dachten aber die Gewerbevereine, denen es weniger auf das Wohl der Gesamtheit ankommt, als darauf, ihre stark gesetzten Methoden auf jeden Fall, wenn auch durch die schocken Mittel, zu föhlen.

Aus diesem Kampf um den Arbeitsnachweis resultiert auch der Konflikt mit der Firma für Fabrikarbeiter Steinwach u. Sons. Mitglieder des Holzarbeiterverbandes waren aus Unkenntnis der Versammlungsbeschlüsse in deren Betriebe direkt in Arbeit getreten. Auf die Organisationsbeschlüsse aufmerksam gemacht, daß ohne Benutzung des Arbeitsnachweises die Kollegen nicht in Arbeit treten durften, lösten dieselben das Arbeitsverhältnis wieder. Jetzt wandte sich die Betriebsleitung an den im Betriebe beschäftigten Vorstand der Hirsch-Dunderschen und beauftragte diesen mit der Beschaffung von Arbeitskräften. Besonders erwähnt sei, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Hirsche einen eigenen Arbeitsnachweis in Hamburg nicht hatten. Das war auch nicht notwendig, da sie nur mit ca. 10 Mann für das Hamburger Vertragsgebiet in Frage kamen. Arbeitslose Hirsche waren auch nicht am Ort, aber man wußte sich zu helfen. Es wurden Hirsche nach Hamburg geholt, welche dann von unseren Kollegen angelernt werden sollten. Dass diese eine derartige ehrenamtliche Tätigkeit ablehnten, wird jedem Verantwortlichen einleuchten. Als letzten Ausweg verlangte die Betriebsleitung von den alten Arbeitern die Unterzeichnung eines Verses, nach welchem sich diese verpflichten sollten, alle ihnen seitens der Betriebsleitung zugewiesenen Arbeitskräfte anzulernen. Die Unterzeichnung dieses Verses lehnten rund 300 Arbeiter ab, welche darauf entlassen wurden. — Das Alles geschah, trotzdem vorher, am 30. Mai, unter Mitwirkung der Obmänner der Schlichtungskommission Vereinbarungen getroffen waren, in welchen es unter anderem heißt: „Die Betriebsleitung stellt den alten Zustand, wie er vor Beginn der Differenzen war, wieder her“, ferner: „Alle für die Folge etwa entstehenden Differenzen jeglicher Art dürfen zu einer Arbeitseinstellung oder Entlassung von Arbeitern nicht führen, bevor die Schlichtungskommission ihren Entschluß getroffen hat“. — Die Firma hatte also entgegen den getroffenen Vereinbarungen die Entlassungen vorgenommen. Unser Kampf galt nicht im geringsten den paar Hirschen, wie diese jetzt erzählen möchten, sondern der Firma, die eine geordnete Arbeitsvermittlung nicht wünscht.

In dieser Situation nun fühlten sich die Gewerbevereine zu ihrer alten Rolle der Streitbrechervermittlung berufen. Am 8. August 1910 vollzog sich der Friedensschluß in der Hamburger Holzindustrie, indem zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem Deutschen Holzarbeiterverband die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Holzindustrie beschlossen wurde. Am gleichen Tage über sandte die Ortsleitung Hamburg des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Holzarbeiter ein Bürkular folgenden Inhalts an sämtliche Filialen ihres Verbandes:

Hamburg, den 8. 8. 10.

Wertiger Kolleg! Der Ihnen bekannte Kampf der Verbände gegen unsere Kollegen ist noch nicht beendet. Wenn sich auch der Sieg uns zuneigt, so müssen wir, um die Verbändler endgültig zu schlagen, noch mindestens 100 Kollegen heranziehen. Wir bitten deshalb die Ortsstände dringend, daß für zu sorgen, daß Kollegen hergeschickt werden, eventuell auch Unorganisierte, die wir dann gewinnen können. Der Dienst ist hier ein guter, 28 bis 42 M. wöchentlich bei neunstündiger Arbeitszeit, die Stellungen sind dauernde. Die Kollegen die kommen, müssen uns mitteilen, wann sie hier eintreffen, wir sind am Bahnhof. Erkennungszeichen: Gewerbevereinsabzeichen. An andere Leute dürfen die Kollegen sich unter keinen Umständen halten. Logis versorgen wir. Arbeiten Sie mit Kollegen, tragen Sie mit dazu bei, Verbändlerübermut zu strafen, ermuntern Sie die Kollegen herzukommen. Wir hoffen nicht vergebens zu appellieren.

Vorbesten Gruß

Gust. Neuthen, Hamburg, Sillestrasse 70 III.

Wie eifrig sich nun die Hirsche der Streitbrechervermittlung annehmen, geht aus einem Briefe der Firma Steinwach u. Sons an einen um Arbeit Anfragenden her vor, indem es heißt:

Sollten Sie hier in Hamburg nicht Bescheid wissen, so empfehlen wir Ihnen, sich an den dortigen Ortsverein des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins zu wenden. Dort wird man Sie auf den Hamburger Arbeitsnachweis des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins hinweisen und Ihnen auch noch sonstige Mitteilungen machen. Genannter Verein hat uns auch schon viele Arbeitskräfte besorgt.“

In einem andern Falle wird die Firma sogar noch deutlicher, indem sie den Meischorshaus für einen angekommenen Arbeitswilligen direkt an den örtlichen Gewerbevereinsvorstand G. Meschkat, Düsseldorf, Weiserstr. 16, sandte.

Alle Zweifel, daß es sich bei diesem Kampf um ein berechtigtes Vorgehen unseres Verbandes — bei den Hirschen demnach um offenkundigen Arbeiterverrat — handelt, hat nun obendrein noch eine Entscheidung der Hamburger Schlichtungskommission behoben. In einer am 2. September tagenden Sitzung sollte die Angelegenheit nochmals verhandelt werden, die Firma legte es jedoch ab, zu diesen Verhandlungen zu er-

scheinen, hat vielmehr erklären lassen, daß sie sich weder dem Urteil der Schlichtungskommission noch dem eines Unparteiischen fügen werde. Die Schlichtungskommission entschied darauf bei Anwesenheit von 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern einstimmig: „Die Firma Steinwach u. Sons hat sich durch ihr Nichterscheinen ins Unrecht gesetzt und sich dadurch außerhalb des Vertrages gestellt. Sie hat alle Folgen, die sich hieraus ergeben, selbst zu tragen.“ (Der Fabriktausch der Arbeiter war zu dieser Sitzung erschienen, da beide Parteien ordnungsgemäß geladen waren.) Ebenso einstimmig wurde von allen Anwesenden konstatiert, daß die Firma die seinerzeit mit dem Holzarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten hat. Nach denselben verpflichtete sich die Betriebsleitung den alten Zustand in ihrem Betriebe wieder herzustellen, als die Arbeiter dieses verlangten, wurden 300 Mann entlassen. Auf Grund der Entscheidung der Schlichtungskommission stand alle gegenwärtig im Betrieb der Firma Steinwach u. Sons beschäftigten Holzarbeiter als Arbeitswillige zu betrachten.

In diesem Kampf der Arbeiter, der selbst von organisierten Unternehmen als berechtigt anerkannt werden muß, besorgt der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein die Streitbrecher. Dieser kann eine Arbeiterorganisation kaum noch finden.

Die „Eiche“, der die undankbare Aufgabe zufällt, diesen Vertrag, den Arbeiter hier gegen Arbeiter ausüben, zu verteidigen, geht statt dessen dazu über, unsere Kollegen zu verleumden. In ihrer letzten Nummer berichtet sie in Sperrdruck, daß der Vorstand der Hamburger Gewerbevereiner Ochse morgens auf dem Wege zur Arbeit überfallen, verletzt und beraubt worden sei. Auch sei der Briefträger an dessen Wohnung erbrochen worden. Diese Vorfälle versucht die „Eiche“ den bösen Verbändlern anzuhängen und hat auch schlaugest eine Nachricht in diesem Sinne in die bürgerliche Presse lanciert.

Wir wissen nicht, was an der Geschichte selbst Wahres ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur zu oft die prächtigsten Terrorismusgeschichten sich bei näherer Untersuchung als recht harmlose Vorfälle aufklären. Mengellose Gemüter sind in ihrem Schulbewußtsein nur zu leicht geneigt, in jedem unbedeutenden Vorfall eine Moritat zu sehen. Dazu ist noch die Möglichkeit offen, daß hier ein Machthalt, der in ihren Verdiensthoffnungen enttäuschten Arbeitswilligen vorliegt, sind es doch nicht die saubersten Elemente, die sich zu Mausreiserdiensten hergeben. Mag dem sein, wie es will, unser Standpunkt ist bekannt; daß wir es auf keinen Fall billigen, wenn im wirtschaftlichen oder politischen Kampf rohe Gewalt angewandt wird. Wir müssen aber unsere Kollegen entschieden gegen den schweren Vorwurf in Schutz nehmen, den die „Eiche“ gegen sie ohne jeden Beweis erhebt.

Streitbeschreiter. In der Delmenhorster Wagnfabrik stehen die Arbeiter im Streit. Die zahlreichen Arbeitswilligen haben sich wiederholt schwere Ausschreitungen zuzuschulden kommen lassen. Kein Mensch ist sich, so lange diese Gesellschaft in Delmenhorst haft, des Lebens sicher. Sie verprügeln, sticht und schlägt jeden nieder, der ihr in die Quere kommt. Schon vor vier Wochen ist die Polizei darauf hingewiesen worden, welche Verantwortung sie dadurch auf sich nimmt, daß sie es duldet, daß diese Leute mit Gummischläuchen, Dolschen und Nebelbällen ausgerüstet unbehelligt umherlaufen. Wie berechtigt diese Wahrnehmung an die Polizei war, beweist folgender Fall, den die Tagespresse wie folgt schildert:

„Eine Bedrohung und Belästigung hiesiger Einwohner liegen sich am Dienstag abend mehrere Arbeitswillige der hiesigen Wagnfabrik zuschulden kommen. Fünf dieser Leute drangen in mehrere Wirtschaften ein und belästigten dort Personen. Am Hotel „Oldenburger Hof“ bedrohten dieselben den Wirt, so daß dieser sich geworfen sah, den Leuten das Potal zu verbieten. Wiederholt drangen die Hinausgewichenen wieder in das Potal und schossen aus einem Nebelwerfer. Der in Notwehr getriebene Wirt schoss jedoch ebenfalls auf die Außenseiter und verletzte einen derselben schwer. Letzterer ist seinen Verleihungen erlegen.“

Wie die Hirsch „Volkszeitung“ meldet, handelt es sich um den 24 jährigen Willy Bumann aus Neustadt in Holstein. Ob die Behörde jetzt dem Treiben dieser Helden ein Ende machen wird?

Die Einführung der runben Messerwelle an Hobelmaschinen macht Hirschville. Dem Beispiel der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft, welche bereits im März 1910 ihren Mitgliedern den Gebrauch der gefährlichen Bierfontänen untersagte, ist nun auch die Vereinsgenossenschaft der Musikkunstgemeinde in Hamburg gefolgt. Deren Vorstand macht unter dem 15. August bekannt, daß laut Beschluss einer Genossenschaftsversammlung, die in den Betrieben seiner Mitglieder noch vorhandenen Bierfontänen bis spätestens 28. Dezember 1910 durch runde Wellen zu erheben oder zu solchen abzuändern sind. Bierfontänen werden wird Geldstrafe sowie die volle Haftbarkeit bei etwaigen Unfällen angedroht. Wann werden nun die übrigen Holzberufsgenossenschaften folgen?

Gothaer Waggonfabrik Alt.-Ges. zu Gotha. Das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahrs bezeichnet die Verwaltung als befriedigend, trotzdem die Hoffnung auf Besserung der Konjunktur sich nicht erfüllt habe. Die durch die durchgeföhrte Kapitaltransaktion erzielte Einnahme wurde mit 101 532 M. dem Rekordfuß zugeführt. Der Umsatz betrug 4 110 625 M. (im Vorjahr 5 512 087 M.). Nach ordentlichen Abschreibungen von 86.004 M. (90 773 M.), sowie außerordentlichen Abschreibungen von 78.795 M. (77.647 M.) ergibt sich ein Netto-Betriebsüberschuss von 102 578 M. (170 051 M.). Daraus fallen 10 Proz. Di-

dende auf 750.000 M. Vorzugaktien und 7½ Proz. Dividende auf 750.000 M. Stammaktien verteilt werden. Zu das neue Geschäftsjahr ist die Gesellschaft dem Vorjahr gegenüber mit erhöhtem Auftragsbestand eingetreten, so daß die Verwaltung hofft, nach Lage der Verhältnisse zufriedenstellend weiterarbeiten zu können.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ wird jetzt die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1909 veröffentlicht. 21 umfangreiche Tabellen geben Auskunft über Einrichtungen und Tätigkeit der freien Gewerkschaften. Soviel erreichbare Zahlen vorlagen, ist auch der Hirsch-Dundersche, der christlichen und sonstigen Arbeiterorganisationen gedacht.

Die leichte Besserung der Wirtschaftsverhältnisse im vergangenen Jahre macht sich in einer Steigerung der Mitgliederzahlen der gewerkschaftlichen Organisationen bemerkbar. Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Zentralverbände verfügten Ende 1909 über 1 892 568 Mitglieder, dabei 139 119 weibliche. Gegen das 4. Quartal 1908 mit 1 797 063 Mitgliedern bedeutet dies eine Zunahme von 94 605 Mitgliedern. Damit ist nun auch der bisherige Höchststand überschritten, den die freien Gewerkschaften im 2. Quartal 1907 mit 1 882 666 Mitgliedern erreicht hatten. Der Stillstand in der Mitgliederbewegung ist also wieder überwunden, es geht vorwärts. An den Fortschritten sind alle Gewerkschaften, bis auf sieben, beteiligt. Von diesen haben eine Zunahme von zusammen 4 222 Mitgliedern zu verzeichnen: die Bildhauer (268), Gastwirtsgesellen, Glaser (288), Porzellancarbeiter, Seelenleute und Xylographen.

Im Jahresdurchschnitt berechnet ergibt die Mitgliederzunahme aller Verbände allerdings nur 936, da die Erholung von den Krisenjahren erst in den letzten Quartalen des Vorjahrs größere Fortschritte machte. Die Gesamtzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1 898 779 männliche und 139 888 weibliche, zusammen 1 832 667 Mitglieder. Hiervon entfallen auf die Verbände der Metallarbeiter 365 270, Maurer 171 837, Holzarbeiter 148 042, Fabrikarbeiter 135 948, Bergarbeiter 113 328, Textilarbeiter 101 488, Transportarbeiter 92 039, Buchdrucker 57 836, Buchhülfearbeiter 56 658, Zimmerer 53 077, Maler 30 201, Schneider 38 208, Schuhmacher 36 138, Brauereiarbeiter 33 095, Gemeindearbeiter 31 181, Tabalarbeiter 31 104, Buchbinder 22 618, Hafnarbeiter 22 476, Bäcker und Konditoren 19 586, Maschinisten 18 526, Lithographen 17 504, Steinarbeiter 17 095, Schmiede 14 806, Glasarbeiter 14 550, Buchdruckereihelfarbeiter 14 116, Töpfer 10 882, Porzellancarbeiter 10 547, Steinseher 10 147, Leberarbeiter 9777, Handlungsgesellen 9306, Sattler 8652, Tapetizer 8283, Gastwirtsgesellen 8180, Böttcher 7749, Hutmacher 7748, Stoffkäteure 7384, Seelenleute 7297, Dachdecker 5880, Büroungestellte 6018, Gärtner 4817, Kupferschmiede 4364, Mühlenerarbeiter 4362, Glaser 4040, Schiffsgärtner 3051, Bildhauer 3831, Kürschner 3428, Zigarrensortierer 3183, Fleischer 3082, Lagerhalter 2269, Friseure 1996, Bibliomüller 1955, Isolierer 800, Asphaltier 837, Blumenarbeiter 560, Xylographen 488, Notenstecher 418, Schiemacher 310 Mitglieder. Die Zahl der Gewerkschaften ging infolge Übertritts dreier Verbände zu berufsverwandten Organisationen (Handschuhmacher, Hoteldiener und Portefeuiller) von 60 auf 57 zurück.

Die weiblichen Mitglieder weisen zwar im Jahresdurchschnitt einen Rückgang auf, doch ist ihre Zahl im 4. Quartal 1909 bereits wieder um 629 höher als im gleichen Zeit 1908. Die 139 888 weiblichen Mitgliedern (im Jahresdurchschnitt) gehören folgenden Verbänden an: Textilarbeiter 34 086, Metallarbeiter 15 357, Fabrikarbeiter 14 768, Tabalarbeiter 14 206, Buchbinder 9491, Buchdruckereihelfarbeiter 7878, Schneider 6971, Handlungsgesellen 5298, Schuhmacher 5321, Transportarbeiter 4320, Holzarbeiter 3031, Hutmacher 2790, Bäcker und Konditoren 1739, Kürschner 902, Porzellancarbeiter 804, Zigarrensortierer 859, Brauereiarbeiter 848, Gemeindearbeiter 656, Gastwirtsgesellen 556, Glasarbeiter 472, Sattler 468, Leberarbeiter 348, Portefeuiller 207, Blumenarbeiter 200, Handschuhmacher 188, Büroungestellte 156, Hafnarbeiter 120, Schirmmacher 105, Lagerhalter 98, Tapetizer 91, Maler 62, Gärtner 39, Glaser 4.

Die finanziablen Gewerkschaften haben im Verhältnisse einer Besserung erfahren. Die Einnahmen liegen von 48 544 306 M. auf 50 520 114 M., die Ausgaben von 42 057 518 M. auf 46 284 081 M. und die Vermögensbestände von 40 839 701 M. auf 43 480 982 M. Pro Kopf der Mitglieder berechnet ergibt dies eine Zunahme von 27,57 M., Ausgabe 25,24 M. und Vermögensbestand 23,78 M. gegenüber 26,50 M., 22,08 M. und 22,90 M. im Vorjahr. Es sind dies die höchsten relativen Ziffern, die bisher erreicht wurden.

Die Hauptzunahmequelle bieten naturgemäß die statutarischen Mitgliederbeiträge. Diese betragen nur bei 4 Organisationen unter 30 Pf. wöchentlich, 13 erheben zwischen 31 und 40 Pf., 19 zwischen 41 und 50 Pf. und 21 über 50 Pf. Hierzu kommen Volatzuschläge, Extrabeiträge und dergleichen. Pro Kopf der Mitglieder erzielen die höchsten Gesamtjahreszinnahmen die Verbände der Notenstecher mit 83,99 M., der Lithographen mit 62,78 M., der Buchdrucker mit 57,59 M., der Bildhauer mit 45,38 M., der Glaser mit 41,18 M., der Isolierer mit 35,03 M., der Holzarbeiter mit 34,62 M., der Zimmerer mit 33,92 M., während die Handlungsgesellen mit

12,63 M. und die Blumenarbeiter mit 12,48 M. an letzter Stelle stehen.

Die Gesamteinnahmen überstiegen in 11 Verbänden 1 Million Mark, in 8 Verbänden bewegten sie sich zwischen 500 000 bis 1 Million Mark, in 23 Verbänden zwischen 100 000 bis 500 000 M., in 7 Verbänden zwischen 50 000 und 100 000 M., in 9 Verbänden zwischen 10 000 bis 50 000 M. und nur eine Organisation hatte weniger als 10 000 M. Jahresentnahme.

Die Gesamtjahresausgabe von 46 264 081 M. verteilt sich auf die folgenden Posten:

	Organisationen	M.
Reiseunterstützung	45	1 125 829
Umzugsunterstützung	34	281 231
Arbeitslosenunterstützung	41	8 503 928
Arbeitsunfähigen-kranken-Unterstützung	53	8 806 354
Krankenunterstützung	10	403 505
Weihlste in Sterbefällen	48	838 870
Weihlste in Wolffällen	48	547 174
Streiks im Beruf	50	6 030 016
Streiks in anderen Berufen und Ausland	57	564 518
Rechtschutz	65	288 137
Gewerkschaftenunterstützung	44	1 074 084
Verbandssorgeln	57	2 001 487
Bibliotheken	80	220 000
Unterrichtshilfe	31	88 828
Statistiken	14	58 931
Agritation	55	2 617 476
Druckschriften, Broschüren usw.	52	402 057
Stellenvermittlung	20	67 049
Konferenzen und Generalversammlungen	53	869 078
Gesetzliche Rente	54	2 345 467
Beitrag an die Generalkommission	52	278 078
Beitrag zu internationalen Verbindungen	20	55 934
Beitrag an Kanzleien und Sekretariate	48	780 606
Prozeßkosten	14	24 045
Verwaltungskosten (verhältnissässig) personal	57	931 387
Verwaltungsmaterial	55	601 718

Von den Ausgaben entfallen also allein rund 20 Millionen Mark auf Unterstützungen. Die Kosten von Streiks und Aussperrungen sind zwar gegen das Vorjahr um zwei Millionen Mark gestiegen, halten sich aber doch noch weit unter den in den Jahren 1905—1907 erforderlichen Summen. Die höchsten Beiträge müssen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung aufgewandt werden. Pro Kopf des Mitgliedes halten die Buchdrucker mit 21,08 M. die höchsten Auswendungen für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, denen die Bildhauer mit 20,25 M. und die Glaser mit 15,51 M. folgen, während unser Verband nur 8,61 M. hat. Ein Krankenunterstützung haben die Lithographen mit 18,01 M. pro Mitglied die höchste Leistung erzielt. Diese hohen Auswendungen der Arbeiter aus eigenen Mitteln erinnern daran, daß das Reich bis heute noch keinen Pfennig übrig gehabt hat, um die Folgen der Wirtschaftskrisen von den Arbeitern abzuwenden, an denen diese doch unschuldig sind. Zu fordern wäre zum mindesten, daß von Reichs wegen den Gewerkschaften, als den Trägern der Arbeitslosenversicherung, Zuschüsse gewährt werden, wie dies in Dänemark bereits geschieht. Das wäre um so leichter durchführbar, als die wenigen Gemeinden, die seither schüchterne Versuche mit der Einführung des Genfer Systems machen, nur über beste Erfahrungen damit zu berichten wissen.

Die gegenwärtischen Arbeiterorganisationen treten bei einem Vergleich mit den freien Gewerkschaften vollständig zurück. Gegenüber den 1 832 667 Mitgliedern der letzteren zählen nach dem "Correspondenzblatt" die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine 108 028, die christlichen Gewerkschaften 270 751 Mitglieder. Neben den Ständen dieser Organisationen haben wir bereits in den Nummern 22 und 28 berichtet, so daß sich ein näheres Eingehen an dieser Stelle erübrigt. Die Entwicklung lehrt auch hier wieder, daß das Gros der Arbeiterschaft erkannt hat, daß die Berücksichtigung ihrer Kräfte nach religiösen oder politischen Auffassungen im wirtschaftlichen Kampfe seinem Interesse nicht dienlich ist.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. Während die Gewerkschaften in Deutschland sich im verlorenen Jahre bereits wesentlich von den Folgen der Wirtschaftskrise erholt haben könnten, mußten wir jüngst von den österreichischen Gewerkschaften einen weiteren Rückgang der Mitgliederzahlen melden. Ein gleiches Ergebnis zeigt der jetzt erschienene Bericht des Schweizerischen Gewerkschaftsrundes. Die diesem angehörenden 20 Gewerkschaften sind von 77 610 Mitgliedern im Jahre 1907 auf 60 250 im Jahre 1908 und auf 68 174 Mitglieder Ende 1909 zurückgegangen. Der jetzige Bestand setzt sich zusammen aus 62 000 männlichen und 4075 weiblichen Mitgliedern. Der Rückgang ist um so auffallender, als nach den Ergebnissen der Ein- und Ausschreibestatistik die wirtschaftliche Situation im Jahre 1908 eine wesentliche Verbesserung erfahren hat. Die Entwicklung ist auch nicht in allen Verbänden gleichmäßig; 10 weisen einen Verlust auf, 2 sind annähernd stabil geblieben, während 8 einen Gewinn an Mitgliedern zu verzeichnen haben.

Die größten Verbände sind die der Metallarbeiter mit 13 140, der Uhrenarbeiter mit 11 600, der Textilarbeiter mit 7214, der Holzarbeiter mit 6514 und der Lebens- und Genussmittelarbeiter mit 4200 Mitgliedern. Unsere Schweizer Bruderkorganisation steht also wie die österreichische der Stärke nach an vierter Stelle. Auch sie hat gegen 1908 einen Verlust an Mitgliedern aufzuweisen. Derselbe ist allerdings mit 965 nicht erheblich. Die Geschäftslage in der Holzindustrie war übrigens wenig günstig, was auch der Rückgang der Holzeinfuhr in die Schweiz um 2,6 Millionen Franken im Jahre 1909 beweist.

Die "Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung" berichtet hierzu, daß die Verluste unseres Bruderkontinents nicht allein der Wirtschaftskrise zugeschrieben sind. Um letzten

Jahre sind vielmehr einige welsche Sektionen aus dem Verbande ausgeschieden und haben sich als Votalsorganisationen aufgetan oder sie sind dem romanischen Bauarbeiterverbande beigetreten. Die Ursache zu diesem Vorgehen wird in der Antipathie der welschen Arbeiter gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge gesucht. Die Agitationsarbeit ist allerdings in der Schweiz, die den Reisenden aller Nachbarländer als Durchgangsstation dient, besonders schwierig, doch ist zu hoffen, daß die Leistungsfähigkeit der zentralorganisierten Gewerkschaften auch die noch bestehenden von der Notwendigkeit des Aufschusses überzeugt.

Der Holzarbeiterverband hielt vom 7. bis 13. August seinen Verbandstag in Halle a. S. ab. Der Verband ist von den Krisenjahren natürlich auch nicht unberührt geblieben. War ist der Mitgliederverlust bereits im Jahre 1909 wieder ausgeglichen worden — Ende 1909 waren 141 024 Mitglieder vorhanden —, doch haben die letzten Jahre ganz außerordentliche Anforderungen an die Kassen des Verbandes gestellt. Der Verbandstag war deshalb vor die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung gestellt. Die Beiträge betrugen seither 20 Pf. für weibliche und 10 Pf. für männliche Mitglieder, daneben bestand eine Klasse zu 50 Pf. mit höheren Unterstützungsleistungen und freiwilligem Beitritt. Die Einführung von Staffelbeiträgen lehnte der Verbandstag ab, ebenso fand aber auch die vom Vorstand für notwendig erachtete Erhöhung der Beiträge auf 25 und 50 bzw. 60 Pf. keine Gegenliebe. Beslossen wurde vielmehr, die Beiträge für sämtliche Mitglieder um 5 Pf. zu erhöhen. Bei Sammlungen der Generalkommission für Streiks und Aussperrungen anderer Gewerkschaften soll der Vorstand Grußbeiträge ausschreiben, die durch besondere Marken zu quittieren sind. Den Zahlstellen verbleiben von den Beiträgen zu 55 Pf. je 10 Pf., zu 45 Pf. je 8 Pf. und zu 25 Pf. je 4 Pf. für lokale Zwecke. Die Erwerbslosenunterstützung wird nach der Mitgliedschaftsdauer gestaffelt, und zwar sowohl auf Höhe wie auf Bezugsdauer. Nach Zahlung von 52 Beiträgen wird für 24 Tage Unterstützung gezahlt, nach 117 Beiträgen für 42 Tage, nach 377 Beiträgen für 48 und nach 442 für 60 Tage. In der 45 Pf.-Klasse (für männliche Mitglieder) beginnt die Unterstützung nach 52 Beitragswochen mit 1 M. pro Tag und steigt nach je 65 weiteren Beitragswochen um je 10 Pf. bis zum Höchstbetrage von 1,50 M. pro Tag, der bei 377 Wochen erreicht wird. Weibliche Mitglieder erhalten die Hälfte dieser Säke, die Mitglieder der höheren (50 Pf.-) Klasse dagegen pro Tag 20 bis 50 Pf. mehr. Das Sterbegeld schwankt zwischen 20 M. nach zweijähriger und 100 M. nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Alle Anträge auf Verschmelzung mit anderen Verbänden wurden abgelehnt. Vor dem nächsten Verbandstag soll der Vorstand eine Vorlage zur Einführung von Staffelbeiträgen zur Diskussion stellen.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker (Gefelder-Büro) tagte vom 22. bis 27. August in Hamburg. Am Vordergrunde der Verhandlungen stand die Kräftigung der Verbandsfinanzen, die durch die hohen Unterstützungsätze stark in Anspruch genommen werden. Die Wochenbeiträge wurden deshalb für männliche Mitglieder von 1,20 M. auf 1,30 M. erhöht, für weibliche auf 60 Pf. und für jugendliche auf 10 Pf. festgesetzt. Anträge auf Staffelbeiträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Ausgelehrte, welche zwei Wochen nach beendeter Lehrzeit beitreten, sollen fünftig von der Aufnahmegebühr befreit sein. Die Reiseunterstützung wurde von 4 auf 3 Pf. pro Kilometer aufgestockt, die Krankenunterstützung von 11,40 auf 10,80 M. pro Woche. Die Zubaldeunterstützung wird statt bisher 7 M. fünftig nach der Dauer der Mitgliedschaft auf 5, 6 und 7 M. gestaffelt. Zu der Frage der Verschmelzung erklärt eine Resolution den graphischen Industrieverband als die erstrebenswerte Organisationsform. Die Verwirklichung dieses Gedankens wird allerdings noch etwas aufschieben, da die Buchdruckerorganisation den Zielpunkt hierfür noch nicht als gesetzmäßig erachtet.

Der Tapetenverband veranstaltet am 24. September eine allgemeine statistische Erhebung über die Berufsverhältnisse.

Eingesandt.

Zur Brauhauskonferenz der Bergarbeiter.

Der Gedanke einer Brauhauskonferenz fand auch in Brandenburg sympathische Aufnahme, doch wünschen die bessigen Kollegen, daß erst genügend Material für die Tagessitzungen der Konferenz gesammelt wird. Von den vorgeschlagenen Punkten sind die Zwischenmeisterfrage und die Besprechung der hygienischen Verhältnisse bis jetzt wohl die wichtigsten. Die Zwischenmeisterfrage, welche im Bergarbeiterverband sehr viel von sich reden macht, ist in den letzten Jahren doch etwas vernachlässigt worden, und es wäre sehr wohl an der Zeit, diejenigen Kreischäden unseres Gewerbes wieder etwas energischer zu Leibe zu gehen. Die hygienischen Verhältnisse mancher Fabriken spotten geradezu jeder Beschreibung und ist es nötig, diese einmal vor der Öffentlichkeit zu verbreiten. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Arbeiter vor der gesundheitsschädlichen Staubentwicklung vor allem in der Schleiferei, Gravurerei und Berggolderei, zu schützen. Da manchen Fabrikanten heißt es, Reinlichkeit ist keine Ries, und es ist allenfalls einmal oberflächliches Großtheater, wenn der Besuch eines Beamten der Gewerbeinspektion, was aber nur selten vorkommt, in Achtung steht. Die Reinwasserverhältnisse lassen ebenfalls sehr oft zu wünschen übrig. Und so gibt es noch so manches, was auf diesem Gebiete zu besprechen wäre.

Nun aber scheint es, als wenn eine Frage von ganz besonderer Bedeutung bisher nicht genügende Beachtung gefunden hätte. Die Arbeiterversicherung in unserem Gewerbe liegt sehr im Argen. Bei einigermaßen gutem Willen müßte hier eine Besserung möglich sein. Wenn heute ein Fabrikant Leute braucht oder seine Arbeiterschitanieren will, so läßt er an einem Orte mit Goldsteinen-industrie einige Anstreiche los und die Kollegen auf dem Raum wie die Fliegen. Neden möchte sich verbessern und muß doch über kurz oder lang einsehen, daß er aus dem Regen in die Traufe gekommen ist. In der Regel halten es die Kollegen dann auch nicht für nötig, sich bei der zuständigen Organisationsleitung nach den Verhältnissen zu er-

klären. Sie schimpfen dann über die schlechten Arbeitsbedingungen an ihrem neuen Tätigkeitsort, ohne zu begreifen, daß sie durch ihr Verhalten es den anderen Kollegen erst recht unmöglich machen, die Lage zu verbessern. Die Herren Fabrikanten sehen am besten dabei, sie seien sich aus hoher Pferd und prahlen, wie leicht es ihnen ist, sich Arbeiter zu verschaffen. So kommt es denn, daß viele Fabrikanten Taubenschläge gleichen. Die Kollegen fliegen ein und aus. Die Verhältnisse werden statt besser, immer schlechter, und der Verband trägt noch obendrein die Kosten an Unterstützungen für Kleine und Umzug. Einige Beispiele aus letzter Zeit seien zur Illustration angeführt. Die Firma Wallenberg u. Co. in Burg bei Magdeburg sucht wiederholt in der "Brandenburger Zeitung" Bergarbeiter zu hohen Löhnern. Diese Firma zahlt an gelehrte Arbeiter Stundenlöhne von 30 Pf. Der höchste Stundenlohn beträgt 45 Pf. Sind das hohe Löhn? Man geht nicht zu weit, wenn man dann von Schwindeleraten spricht. Die bekannte Firma Baate in Brandenburg, bei welcher im Sommer permanent nichts zu tun ist, inseriert schon seit geraumer Zeit in Burg nach Bergoldern. Es kamen auch nach und nach eine ganze Anzahl meist jüngerer Kollegen zugereist. Fast alle sind enttäuscht und kommen nicht aus ihre Rechnung. Wahre Hungerlöhne werden von einzelnen herausgescholt, und schon nach kurzer Zeit sehen sich die meisten veranlaßt, den Brandenburger Staub (in der Baatenfabrik gibt es sehr viel Staub) von ihren Füßen zu schütteln. Ein Teil der bessigen Kollegen geht dabei in die Fahrradfabriken, weil sie als Bergarbeiter keine Existenz haben. Denn ein altes Wort der Brandenburger Kollegen sagt: Wer sich bei der Firma Baate über Wasser halten will, muß kapitalkräftig sein. Derartige Zustände bedürfen dringend der Abänderung, und es muß gelingen, hier Besserung zu schaffen. Im Deutschen Reich kommen kaum mehr als 2000 Kollegen in Frage. Wir sind im Durchschnitt ganz gut organisiert und müßte bei einem derartigen begrenzten Personentreis die Arbeitsvermittlung durch die Organisation wie am Schnürchen gehen. Was anderen Organisationen möglich ist, müssen die Bergarbeiter auch fertig bringen.

Darum aus Werk! Möge sich die Zentralkommission mit dem Antrag auf Einberufung einer Branchenkonferenz an den Hauptvorstand wenden. Die Arbeitsvermittlung in unserem Gewerbe muß einer der Hauptpunkte der Tagesordnung sein.

W. Priese.

An die Vertrauensleute der Stahl- und Stahlindustrie! Kollegen! Wir haben vor einiger Zeit die Aufforderung ergehen lassen, behufs Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises an uns die Adressen der Betriebe einzufinden. Bisher ist nur ein geringer Teil der Kollegen dem nachgekommen. Wir ersuchen die Säumigen, umgehend das Verfaulme nachzuholen.

Die Zentralkommission für die Stahl- und Stahlindustrie.

F. A. J. Hildebrandt,

Meldorf, Geschworener Straße 6, III.

An die auf Automobilkarosserie beschäftigten Stellmacher! Kollegen! Wir haben vor einiger Zeit die Aufforderung ergehen lassen, behufs Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises an uns die Adressen der Betriebe einzufinden. Bisher ist nur ein geringer Teil der Kollegen dem nachgekommen. Wir ersuchen die Säumigen, umgehend das Verfaulme nachzuholen.

Die Zentralkommission der Stellmacher.

F. A. Hieber, Berlin O. 17, Gothaerstr. 14.

Ab 18. September 1910: Meldorf, Leinetstraße 8.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. bezogen werden.

Josef Dieckens Philosophie, gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat von Henrietta Moland-Holst, München, Verlag der Dieckenschen Philosophie, Preis 1 M.

Der Verlag ist ein neues Unternehmen, welches von Eugen Dieckens ins Leben gerufen wurde zu dem Zweck, den philosophischen Schriften seines Vaters, die bisher von verschiedenen Verlegern gedruckt wurden, eine größere Verbreitung zu geben und für die Dieckensche Philosophie Propaganda zu machen. Der Verlag beginnt seine Tätigkeit mit der Herausgabe der vorliegenden Schrift. Die Verfasserin sagt in ihrem Vorwort: „Ich habe mich in dieser Arbeit darauf beschränkt, erstens das Verhältnis Dieckens zum historischen Materialismus und dessen Grundlagen zu untersuchen, zweitens die Bedeutung seiner Lehren für den politischen, sozialen und geistigen Kampf des Proletariats zu klären.“ Ich habe geglaubt, dieser Untersuchung eine verhältnismäßig ausführliche Zusammenfassung der Grundgedanken des dialektischen Materialismus, die, soweit ich weiß, bisher fehlt, vorausgeschickt zu müssen. Soviel wie möglich habe ich dabei an die eigenen Worte Dieckens gehalten, damit seine klare, populäre, durchaus originelle und anregende Darstellungsweise dem Leser zunächst erhalten bleibt.“

kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken nebst einem Anhang: Einiges über Privatbibliotheken. Von Eduard Mehlisch, Leipzig, Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft. Preis broschiert 60 Pf., gebunden 1 M.

Das Büchlein gibt gute Ratschläge für die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeiterbibliotheken. Es kann insbesondere denjenigen Kollegen, die zur Verwaltung einer Vereinsbibliothek berufen sind, auf das angelegentlich empfohlen werden.

Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Teilsachen und Bahnen zum proletarischen Klassenkampf.

Die Broschüre ist als Heft 5 der von Barbara herausgegebenen Broschürenreihe „Der Klassenkampf des Proletariats“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Der Preis beträgt 25 Pf.

